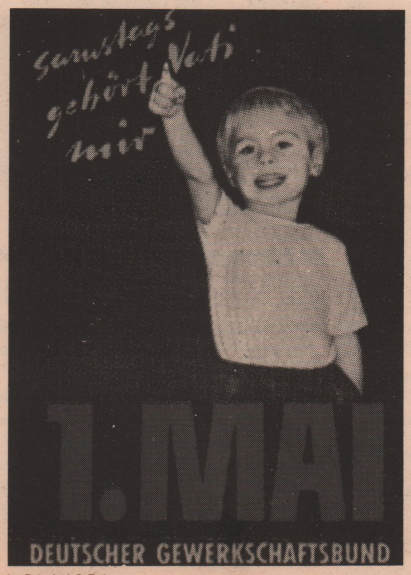
Aus dem Inhalt: KRACH BEIM NDR DAS KRÜMMEL-MONSTER HEW VOR RUIN?

grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

Mai 1977
5 Groschen
NR. 3

1. Mai 1950



1. Mai 1956

1. Mai 1957

1. Mai 1958

1. Mai 1962

1. Mai 1964

1. Mai 1966

1. Mai 1968

1. Mai 1972

... und so weiter

Der erste 1. Mai 1890 in Hamburg

Auf einer Versammlung Hamburger Arbeiter fordert der Arbeiter Krüger im April 1890 gegen den Sozialdemokraten von Elm, daß der 1. Mai ein Ruhetag werden müsse, an dem die Arbeiter feiern. Er will sich nicht mit einer an den Reichstag gerichteten Unterschriftensammlung zufriedengeben — wie die Sozialdemokraten vorschlagen — weil er der Meinung ist, daß „am 1. Mai all e Arbeiter feiern müßten, das wäre dann eine Petition, die man nicht in den Papierkorb werfen könnte."

Krüger und mit ihm viele andere Hamburger Arbeiter machten den Sozialdemokraten damals ernsthaft Sorgen. Warum? Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften forderten damals vor allem eins: Die Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden. Das wurde nicht nur in Deutschland gefordert: Auf einem internationalen Arbeiterkongreß 1889 in Paris trafen sich Arbeiterdelegierte aus ‚aller Herren Länder' um über diese Forderung zu diskutieren. Und sie verabschiedeten gemeinsam eine praktische Maßnahme um ihre Forderung durchzusetzen: Eine ‚große internationale Manifestation (Kundgebung)'. Sie sollte das erste mal am 1. Mai 1890 stattfinden.

Die Hamburger Arbeiter hatten das auf ihre Weise verstanden. Sie dachten an Arbeitsruhe, weshalb sie auch gleich als ‚arbeitsscheues Gesindel' von den Unternehmern beschimpft wurden. Aber Arbeitsruhe war in diesem Fall natürlich nur ein anderes Wort für Streik. Ein internationaler Arbeiterfeiertag sollte die Unternehmer zwingen, die Arbeitszeit auf 8 Stunden zu reduzieren. Das war eine klare, einleuchtende Maßnahme.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah das anders. Sie wies die Arbeiter darauf hin, daß die Beschlüsse von Paris Arbeitsruhe nicht vorschreiben würden. Man könnte sich deshalb mit einer Massenpetition zum 1. Mai begnügen. Natürlich hatten die Sozialdemokraten (damals wie heute) Gründe eine Massenbewegung, die sich ihre Ziele selbst setzt, abzuwiegeln. Erst am 20. Februar hatten sie einen überwältigenden Wahlerfolg gehabt. Nun kriegten sie Angst, daß ihr Beitrag zur Erhaltung der Staatsordnung von unten gefährdet werden könnte.

Die Hamburger Arbieter waren von ‚ihrer' Partei einigermaßen verwirrt. Wie stellte sie sich vor, Forderungen praktisch, d.h. anders als mit dem Mittel des Streiks durchzusetzen? Darüber wurde in Hamburg nach dem Erscheinen der Stellungnahme der Sozialdemokraten auf allen Arbeiterversammlungen diskutiert. Schon damals begann dieses Geschäft, was man heute ‚Fraktionszwang' nennt. So kam es, daß einige Versammelte, obwohl sie den Vorschlag der Sozialdemokraten falsch fanden, ihn doch versuchten durchzusetzen (z.B. von Elm). Ihre Begründung war typisch ‚preußisch': „Nur die Polizei ist Schuld daran, daß wir nicht am 1. Mai in Versammlungen zusammenkommen und in ruhiger und sachlicher Weise feiern."

Die Arbeiter ließen sich damals nichts vormachen. Sie stimmten mit überwätigender Mehrheit einer Resolution von Stiebler zu, in der es hieß:

„Die heute in Sagebiel's Etablissement tagende öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeiter Hamburgs erklärt, in Anbetracht der Notwendigkeit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages, und um zu beweisen, daß sie gewillt ist, mit allen gesetzlichen Mitteln denselben zu erstreben, den 1. Mai 1890 als Feiertag und hat an diesem Tage möglichst alle Arbeit zu ruhen . . ."

So ruhte denn in fast der Hälfte aller Hamburger Betriebe am 1. Mai die Arbeit. Da die Polizei von Hamburg Versammlungen jeglicher Art verboten hatte, ließ man diese in Altona und im benachbarten Harburg stattfinden und ansonsten fanden ‚Ausflüge und abends Kränzchen, Ball und Kommerse' statt.

Daß es den Arbeitern einen Tag gut gegangen war und daß sie sich diesen Tag auch noch selbst ausgesucht hatten, gefiel den Unternehmern überhaupt nicht. Sie beantworteten den 1. Mai auf ihre Art: mit Aussperrung. Bis Mitte Mai waren in Hamburg 8500 Arbeiter ausgesperrt. Noch Ende August sollen über 1000 auf der Straße gestanden haben. Nur durch die Solidaritätsfonds der Gewerkschaften gelang es den Arbeitern, mühselig zu überleben. Zudem hatten sie eine Chance ihre Arbeit wiederaufzunehmen: Sie brauchten nur ihren Austritt aus der Gewerkschaft zu unterschreiben und die Unternehmer empfingen sie mit offenen Armen.

So war das als am 1. Mai noch Klassenkampf war. Damals kämpften die Arbeiter für weniger Arbeit. Heute, wo der 1. Mai in erster Linie ein Familienfeiertag ist und nicht ‚Kampftag der Arbeiterklasse' wie einige beschwören, reden die Gewerkschaften vom ‚Tag der Arbeit'. Wann wird der 1. Mai einen anderen Sinn bekommen?

C.B.

ALS AM 1. MAI NOCH KLASSENKAMPF WAR

Polizeiaktion gegen Maidemonstranten, um 1890

SENAT GEGEN JUGENDFREIZEIT-HAUS?

Altonaer Verein braucht Unterstützung / Wie unsere Arbeit läuft

„Wenn es bei der jetzigen unzureichenden finanziellen Unterstützung bleibt, müssen wir im August dichtmachen!"
Daß es dazu nicht kommen darf, darüber sind sich Kinder, Jugendliche, Eltern und Mitarbeiter des Freizeithauses „Afa" (aktive Freizeitgestaltung in Altona e.V.) einig. Denn mit der einzigen selbstverwalteten, nichtkommerziellen Freizeitstätte in der Altonaer Altstadt würden viele Kinder und Jugendliche ein zweites Zuhause verlieren.

Das die Türen ihres Treffpunktes bis heute täglich geöffnet waren, liegt an dem persönlichen Einsatz aller Mitarbeiter der „AfA", denn für hauptamtliche Kräfte haben wir nur eine ganze Erzieherplanstelle. Außerdem können wir nur noch eine Interessengruppenleiterin auf Honorarbasis beschäftigen. Alle weitere Arbeit wird unentgeltlich von AfA-Mitgliedern in ihrer Freizeit und von Praktikanten der Fachhochschule für Sozialpädagogik geleistet.

Aber auch noch soviel Engagement kann die mangelnde finanzielle Unterstützung durch die Hamburger Behörden nicht wett machen. Aus der knappen Finanz- und Mitarbeitersituation erklärt sich, daß ein intensives Eingehen auf die Schwierigkeiten der Jugendlichen oft nur oberflächlich möglich ist. Im Moment sind Arbeitslosigkeit, Schulalltag und Alkohol die vorrangigen Probleme. Auch der wachsenden Anzahl von ausländischen Kindern werden wir nur unzureichend gerecht. Wie heute ein Nachmittag in der AfA aussieht, verdeutlicht der Bericht unserer Mitarbeiter aus dem Kinderbereich.

Macht doch endlich auf!

Jeden Tag gegen 13 Uhr versammelt sich vor der Tür eines Gebäudes auf dem Gelände des alten Krankenhauses Altona eine vielköpfige Kinderschar, die lautstark („Aaaauuufmaaachen!!!") – unterstrichen durch gelegentliches energisches Treten gegen die Tür – Einlaß fordert. Währenddessen sitzt oben eine Handvoll Betreuer und zerbricht sich die Köpfe, wie diese Bande heute sinnvoll beschäftigt werden kann.

Ausgeruht (naja) beginnen die Betreuer ihre Arbeit. Unverständnis gegenüber den Grundlagen der Mengenlehre, 120 Phon – Lärm beim Völkerball-Spiel, sechs umgestoßene Wassergläser beim Malen, an die 300 in die Werkbank gehämmerte Nägel führen gegen 15 Uhr 30 zum ersten Leistungstief beim pädagogischen Personal (die Kinder hingegen scheinen so frisch wie eh).

Immerhin gehen jetzt so an die 15 Kinder zum Schwimmen. Es wird spürbar leerer, allerdings nur geringfügig leiser. Der Werkraum wird dicht gemacht, und die Gruppe der 11 bis 13jährigen „Senioren" trifft sich in der Teeküche. Im Toberaum stürzt sich ein rundes Dutzend Kinder auf einen merklich geschwächten Betreuer. Halb Fünf! Irgend jemand holt dezent den großen Besen aus dem Reinigungsschrank.

Viertel vor Fünf! Die erste Aufforderung, die Matratzen aufzustapeln, verhallt ungehört. In der Küche wird zögernd mit dem Geschirrabwasch begonnen. Fünf Uhr!! Auch die dreiundzwanzigste Aufforderung, jetzt verdammt noch einmal endlich die Matratzen aufzustapeln, wird schlicht ignoriert. Viertel nach Fünf. Die Kinder sind nicht mehr zu sehen. Emsig fegen und putzen unsere Betreuer gegen das entstandene Chaos an. Halb Sechs! Geschafft!!! Und jetzt noch 'ne schlappe Besprechung. „Morgen?" – „Morgen machen wir 'nen Ausflug. In' Jenischpark!"

So und ähnlich läuft's bei uns. Nicht gerade doll, kann man sagen. Aber mehr ist bei unseren bescheidenen Mitteln nicht drin, beim besten Willen nicht. So kommt es, daß wir zum Beispiel kaum dazu kommen, uns intensiv mit dem einzelnen Kind und seinen u.U. schwerwiegenden Problemen zu befassen.

Wie fing es an?

Die Altonaer Altstadt, ein Viertel, das als sozialer Brennpunkt gilt, da hier viele Problemgruppen wie ausländische Arbeiter mit relativ vielen Kindern, jugendliche Arbeitslose, ehemalige Obdachlose, straffentlassene Jugendliche u.a. neben einander leben, die intensive Betreuung in ihrer Freizeit nötig haben. In einer völlig chaotischen Freizeit-Situation schlossen sich Bürger, Jugendliche und Studenten in einem Verein zusammen. Nach langem Ringen mit der Behörde wurden der „AfA" vorläufig einige Räume auf dem Gelände des alten Altonaer Krankenhauses zur Verfügung gestellt. Nach Umbauarbeiten in Eigenleistung haben wir heute in der „AfA" ein Fotolabor, Werkraum, Musikkeller, Motorradwerkstatt, Gruppenräume und eine Teestube, in der sich seit jetzt zwei Jahren so um die 40 Jugendliche und 60 Kinder täglich treffen. Und die kickern nicht nur oder hören die neueste Cat Stevens-Scheibe, sondern fordern uns auch einmal zu Gesprächen über aktuelle Probleme heraus.

Auch für Selbstverwaltung interessieren sich gerade die Jugendlichen immer mehr. Neben der öffentlichen Mitgliederversammlung, auf der alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden, haben sie ihr eigenes Jugendplenum. Das genügt uns jedoch nicht. Um die Eigeninitiative der Jugendlichen zu unterstützen, haben wir Interessengruppen geschaffen, wie z.B. die Theatergruppe, Fotogruppe, Motorradgruppe, Gewerkschaftsgruppe und Zeitungsgruppe, über die sie ihre Ideen versuchen sollen in die Tat umzusetzen.

Dann ist da noch unsere AfA-Zeitung. Sie lief über zwei Nummern und wurde erst einmal eingestellt, aber jetzt sind die Jugendlichen dabei, sie wieder ins Leben zu rufen. Sie planen gerade die nächste Ausgabe. Ist ja auch nötig. Wir brauchen die Zeitung für unsere Öffentlichkeitsarbeit in unserem Stadtteil.

Unsere finanzielle Misere

Jetzt ist wohl jedem klar, warum die „AfA" erhalten bleiben muß. Um weiter arbeiten zu können, brauchen wir mehr Geld aus dem Landesjugendplan. 40.000 DM, die wir im letzten Jahr erhielten, sind nicht genug. Damit können wir gerade eine Erzieherplanstelle, Reinigung der Räume und die Telefonkosten abdecken.

Wenn man bedenkt, daß wir all die Kinder und Jugendlichen aufnehmen, die seit dem Schließen des Hauses der Jugend Eggerstedtstraße vor zwei Jahren heimatlos geworden sind, ist es kein zu hoch geschraubter Anspruch von uns, auf das Geld, das ein Haus der Jugend aus dem Landesjugendplan erhält, zu drängen.

Das sind 187.000 DM, damit könnten wir eine „vorbeugende Jugendarbeit", wie sie als Priorität im Jugendbericht 73 vom Senat gefordert wurde, gewährleisten. Aber zwischen theoretischem Anspruch und praktischer Verwirklichung liegt beim Hamburger Senat ein arger Unterschied. Die praktische Politik des Senats tritt seine Programmsätze mit Füßen. Die „AfA" braucht jedoch nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch den persönlichen Einsatz interessierter Altonaer Mitbewohner. Wir freuen uns über jede Kontaktaufnahme, jeden Montag um 20 Uhr haben wir eine öffentliche Sitzung.

„AfA"
Max-Brauer-Allee 134
2 Hamburg 50
Tel.: 38 89 98
Konto: Bank für Gemeinwirtschaft
15594007

GROSSE FREIHEIT informiert

Mehr als hundert Leser und Mitarbeiter waren Mitte April zu einer ersten Besichtigung unserer Redaktionsräume in die Glashüttenstraße gekommen. Fast drei Stunden wurde bei dieser öffentlichen Veranstaltung mit der Redaktion diskutiert. Die dabei angeschnittenen Fragen und Probleme zur inhaltlichen und organisatorischen Arbeit der Stadtzeitung wollen wir hier vor allem in ein paar Tips und Anregungen für alle Interessierten zusammenfassen:

Die „Grosse Freiheit", an der gegenwärtig etwa ein Dutzend Leute aus verschiedenen Gruppen und Initiativen regelmäßig mitarbeiten, steht Interessierten zur Mitarbeit offen. Um die Zielsetzung — siehe dazu auch „Große Freiheit" Nr. 0 und Nr. 1 — verwirklichen zu können, sind wir auf praktisches Interesse — ob Schreiben, Kritik, Verkauf, Anzeigen, Spenden etc. — angewiesen. Wir bemühen uns vor allem um Artikel über Erfahrungen und Aktivitäten, die Einzelne oder Initiativen in ihrem Bereich machen. Gerade für die vorliegende Ausgabe ist eine Reihe von langen, für den Leser schwer zu verarbeitenden und von der Redaktion mühsam unterzubringenden Beiträgen gekommen.

Um allen die Arbeit zu erleichtern, beachtet bitte folgendes:

- Artikel auf 35 Anschläge pro Zeile schreiben
- Faßt die wichtigsten Inhalte eures Beitrags im ersten Absatz zusammen
- Vermeidet Fremdworte, Bandwurmsätze und lange Absätze
- Denkt beim Schreiben an die Leute, die auch Lust haben sollen, euren Beitrag zu lesen
- Ergänzt eure Artikel mit Fotos, Karikaturen, Schaubildern usw.

Vertrieb

Viele Leser, Einzelne und Gruppen, holen sich einen Stapel Zeitungen aus eigener Initiative und verkaufen sie bei Veranstaltungen, an Kollegen, im Stadtteil, auf der Straße usw. Wenn das noch mehr tun würden, könnte die Verbreitung der Zeitung noch besser werden. Der Vertrieb läuft über unser Büro in der Glashüttenstraße 1 (siehe Öffnungszeiten) sowie über die Buchhandlung „Hälfte des Himmels" (Schlüterstr. 79).

Finanzen

Wir haben mit der Herausgabe der Zeitung ohne finanzkräftige „Hinterleute" begonnen. Um die zwangsläufig entstandenen Schulden zu tilgen und die weitere Existenz der Zeitung abzusichern, bitten wir alle, die uns unterstützen können, um Spenden. Auch durch Abonnements ist der Zeitung geholfen. Preislisten für Anzeigen sind im Büro erhältlich. Unser Konto: PScHA Hamburg Nr. 3485-34-202, E. Becker.

Öffentliche Veranstaltung

Zwischen den Ausgaben laden wir alle Interessierten zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Wir wollen den Lesern die Möglichkeit geben, zusammen über die Zeitung zu reden, Ideen einzubringen, Informationen einzuholen, Kritik zu üben. Die Redaktion kann daraus lernen, wie die Zeitung besser werden kann. Die nächste öffentliche Veranstaltung ist am 17. Mai um 20 Uhr in der Glashüttenstraße 1.

Öffnungszeiten der Redaktion

Unser Büro in der Glashüttenstraße ist vorläufig erreichbar:

- **mittwochs, donnerstags und freitags von 16 bis 19 Uhr**
- **sonnabends von 12 bis 14 Uhr.**

Unser Telefon: 43 86 36

Redaktion „Grosse Freiheit"

Impressum
"Grosse Freiheit"

Zeitung für Hamburg und Umgebung. Erscheint monatlich. Auflage 8000. **Herausgeber:** Hamburger Zeitungsinitiative. **Schlußredaktion** für die Nr. 3: **U. Emmenthal — M. Grüttner — A. Hilsberg — S. Schwabroh — S. Teicher**
Druck: "Die Druckerei" 2351 Hardebek. **Anschrift** der Redaktion: Glashüttenstraße 1, 2 Hamburg 6. Telefon 438 636. Verleger: E. Becker **Konto:** PScHA Hamburg 3485 34 — 202, E. Becker, **V.i.S.d.P.** für diese Nr.: E. Becker. **Einzelverkaufspreis:** DM 0,50 incl. MWSt. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Redaktionsschluß für die Nr. 3: 20. Mai. **Öffentliche Veranstaltung:** 17. Mai. Nr. 4 erscheint am 2.6.77.

DER UMLAGEN-TRICK

Erhöhung durch die Hintertür / Keine rechtliche Grundlage

Nun haben es die meisten Mieter schriftlich: Mieterhöhungen um 25 %. Viele, besonders ausländische Familien, hat es härter getroffen. Die Vermieter haben, nachdem ihnen durch den Mietpreisspiegel gewisse Grenzen gesetzt wurden, einen Trick gefunden, ihre Mieten weiter zu erhöhen. Während sie die Grundmiete im Schnitt nur um 10 % erhöhen könnten, erreichten sie durch die Umlage aller Nebenkosten, die früher weder vereinbart waren noch umgelegt werden konnten, eine Steigerung von 25 % und mehr! Der Betrag für Umlagen hat sich bei vielen Wohnungen verdoppelt bis verdreifacht.

Mieter vieler Häuser im Gebiet um den Wincklerplatz verfassen einen gemeinsamen Brief gegen die Mieterhöhungen. Wie die Eigentümer dabei vorgingen, steht in unserem Bericht: „Erhöhung durch die Hintertür".

Der Grundeigentümerverband hat seine Mitglieder schon Mitte '76 darauf eingestimmt, „für sämtliche Betriebskosten eine monatliche Vorauszahlung" zu verlangen. Er hat dann auch dafür gleich einen neuen Vordruck entwickelt.

Zwar sind Rechtsanwälte und auch die Behörde der Meinung, daß der Vermieter jetzt n i c h t einfach alle Umlagen fordern kann. Aber unternommen wurde dagegen nichts. In den meisten Fällen haben die Mieter aus Unkenntnis und aus Angst vor den Drohungen der Vermieter den Erhöhungen zugestimmt. So sind denn durch den Trick mit den Umlagen die Mieten mehr als doppelt so stark erhöht worden, als es nach dem Mietpreisspiegel zulässig gewesen wäre!

Rechtliche Situation

Nach dem Buch „Mietrecht für Mieter" (zu beziehen über die Mieterinitiativen) und nach Auskunft eines Rechtsanwalts brauchen bei Altbauwohnungen nur Umlagen für Wasser und Siel sowie Umlagenerhöhungen für andere Nebenkosten gezahlt werden. Die Erhöhungen müssen im Einzelnen begründet werden. Zum Beispiel: Aufgrund der Erhöhung der Sielgebühren vom ... um ... entfällt auf ihre Wohnung ein Anteil von ... DM. Auf jeden Fall gilt für alle Wohnungen, daß nur solche Umlagen gezahlt werden brauchen, die im Mietvertrag ausdrücklich genannt sind.

Daraus ergibt sich logisch, daß jetzt in Hamburg viele tausend Mieter mehr Miete zahlen sollen, als sie nach den gesetzlichen Bestimmungen zahlen müßten.

Unser Vorschlag für Mieter, deren Überlegungsfrist noch nicht abgelaufen ist: Tun Sie sich im Haus zusammen, lehnen Sie die Zahlung der Umlagen bis auf Wasser und Siel ab. Fordern Sie den Vermieter auf, zu begründen, warum er die übrigen Umlagen fordern kann.

Dazu ein Beispiel aus unserer Initiative St. Pauli/Altona:

Weil wir davon ausgingen, daß wir nicht alle Umlagen zu zahlen brauchen, meldeten wir uns bei unserem Makler an. Wir wollten die Abrechnungen überprüfen. Der Empfang war nicht gerade herzlich. Von den 2200 Mietparteien, für die Makler Henk zuständig ist, machten anscheinend nur wenige von ihrem Recht Gebrauch, die Originalunterlagen einzusehen. Aufmucken der Mieter hatte es bisher selten gegeben. Was wir fanden, waren nur kleine Rechenfehler. Aber kleine Rechenfehler mal 2200 ergeben einen ganz hübschen Nebenverdienst. Trotzdem bot sich hier nicht die Möglichkeit, die Umlagenerhöhung abzuwehren. Die Fehler lagen nicht im Detail, sondern waren prinzipieller Art.

In den von der Mieterhöhung betroffenen Häusern setzten wir uns zusammen und schrieben unter anderem folgendes an unseren Vermieter: „Die Berechnung der Betriebskosten halten wir für verfehlt. Ihnen ist offensichtlich nicht bekannt, daß sie bei ehemals preisgebundenen Wohnungen lediglich die Kosten für Wasserverbrauch voll umlegen können. (...) Im übrigen ist Ihre Aufforderung schon deswegen unwirksam, weil Sie unterlassen haben, einen hinreichend konkretisierten Verteilerschlüssel anzugeben."

Auf unser Schreiben erhielten wir keine Antwort. Für uns kann das nur heißen, daß es keinerlei rechtliche Grundlagen für derlei Erhöhungen gibt.

Makler Henk versuchte nun auf andere Weise an unser Geld zu kommen. Er verschickt noch während der zweimonatigen Überlegungsfrist an einige Nachbarn sehr deutliche Briefe. Sie wurden darin aufgefordert, sofort zu unterschreiben. Wörtlich hieß es dann: „Sollten wir trotzdem nichts von Ihnen hören, sind wir leider (?) gezwungen, rechtliche Entscheidungen zu beantragen. bzw. einen Sachverständigen zu bestellen." Aus der verständlichen Angst, die Wohnung zu verlieren, haben einige Nachbarn dann unterschrieben. Doch wegen einer verweigerten Zustimmung zur Mieterhöhung darf kein Mieter gekündigt werden. Wir, die wir nicht unterschrieben haben, zahlen auch ab Mai die geringere Miete weiter.

Und wer die Erhöhung schon unterschrieben hat?

Zu Unrecht gezahlte Umlagen können vom Mieter zurückgefordert werden. Wie das im Einzelnen gemacht werden muß, um Aussicht auf Erfolg zu haben, wollen wir auf der nächsten Sitzung unserer Mieterinitiative am 2. Mai besprechen. Wir treffen uns um 19.00 Uhr in den Ratsherrenstuben neben dem Ortsamt Wohlwillstraße.

Was machen die Behörden?

Die Unsicherheit der Bevölkerung bei der Mieterhöhung dieses Jahres ist kein unglücklicher Zufall. Die staatlichen Behörden, die mit den Verbänden der Vermieter den Mietspiegel ausgehandelt haben, wußten, was auf die Mieter zukommen wird. Sie haben gesehen, daß die Vermieter Mieterhöhungen planen, die nicht den gesetzlichen Regelungen entsprechen und haben dagegen nichts unternommen. Es erschien lediglich eine kleine Notiz im Pressedienst des Senats, die kein Mieter kennt: „... weist die Baubehörde auf eine spezielle Unsicherheit in der Öffentlichkeit hin, ... Die Behörde stellt klar, daß im Rahmen einer Anhebung der Grundmiete (...) auf die ortsübliche Vergleichsmiete (...) vom Mieter neben der Grundmiete nur die Betriebskosten gezahlt werden müssen, die im Mietvertrag vereinbart sind. Der Vermieter darf also nicht Betriebskosten künftig geltend machen, die bisher in der Grundmiete enthalten waren. (...) Die Behörde rät allen Mietern, insbesondere bei hohen Steigerungen der Betriebskosten, sich gegebenenfalls beraten zu lassen."

Und das Gesetz?

Bekanntlich läßt das Gesetz eine jährlich neue Erhöhung der Mieten bis auf den Marktwert (Mittelwert des Mietpreisspiegel) zu, wobei offen davon gesprochen wird, daß die Mieten in Zukunft mehr als ein Drittel des gesamten Einkommens schlucken werden.

Schließlich die Umlagen selbst. Die Kosten für Wasser, Sielbenutzung und Müllabfuhr haben sich in der letzten Zeit verdoppelt. Es sind dies staatliche Dienste, die auf den kleinen Mieter abgewälzt werden, der die Kosten für den Bau von Wasserwerken und Sielen eh schon über seine Steuern tragen muß. Und während Industrieunternehmen den Strom für 3 Pfennige bekommen, muß der Mieter 15 zahlen. Über Steuern, Miete und Steigerung der Lebensmittelpreise werden wir immer mehr zur Kasse gebeten und Lohnsteigerungen wieder aufgefressen.

Es ist deshalb grundfalsch, wenn viele Mieter nicht einmal die gesetzlichen Rechte nutzen und alles zahlen, was der Vermieter verlangt. Es ist nötig, daß die Mieter Protest anmelden gegen ein Mieterhöhungsgesetz, das nur die Vermieter begünstigt, und gegen den Staat, der uns ein solches Gesetz als Reform verkaufen möchte.

Mieterinitiative St. Pauli/Altona

NEUE APOTHEKE St PAULI
(Inh. Regis Genger)

Clemens Schulzstr. 90
Tel: 3192694

EINE ZENSUR FINDET DOCH STATT

Schülerpresse unter Druck/ Wie können wir uns wehren?

Daß in diesem Berufsverbote-Land auch die Arbeit der jugendeigenen Presse und hier speziell der Schülerzeitungen nicht von Repressalien verschont bleibt, können sich wohl viele an fünf Fingern abzählen. Über das Ausmaß der Zensur und über die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, besteht aber bei vielen Betroffenen noch Unklarheit. Deshalb organisierte die „Demokratische Jugendpresse Hamburg" kürzlich ein großes Pressefest.

Drei Fälle von Schülerzeitungszensur sollen die Situation verdeutlichen, in der die Redaktionen heute stecken.

„Die Klappe" (Gymnasium Oldenfelde): Zur 1. Ausgabe der neugegründeten Schülerzeitung sollte ein Artikel zu einer geplanten Klassenauflösung und -zusammenlegung erscheinen. Nachdem die Verfasser, zwei Schüler der betroffenen Klasse, den Artikel mit Bitte um Stellungnahme an die Schulleitung gegeben hatten, erklärte die: Die Tatsachen seien falsch dargestellt, bei einem Erscheinen des Artikels würden sie gerichtlich dagegen vorgehen. Die Verfasser, Mitglieder der noch „jungen" und im Presserecht unerfahrenen Redaktion, zogen daraufhin den Artikel zurück.

„Rotznase" (Mathias-Claudius- und Charlotte-Paulsen-Gymnasium): In der 10. Ausgabe erschien ein Auszug aus dem Buch „Die Frau als Hausärztin" von 1907. Textprobe: „Man stelle ihnen die Berührung der Geschlechtsteile als etwas Verbotenes und Häßliches dar... Aus so geleitetem Hause gehen dann herzensreine und keusche Menschen hervor." Illustriert war dieser Artikel mit der Zeichnung eines über den ganzen Rand gehenden, verknoteten und gedrückten Glieds. Dieser Artikel verstieß nach Ansicht einiger Lehrer und der Schulleitung gegen „Sitte, Anstand und Moral". Die Redaktion, die diese Ausgabe deshalb vor der Schule verkaufen mußte, vermutet aber die wahren Gründe der Zensur in satirischen Artikeln u.a. zur Reaktion der bürgerlichen Politiker auf Brokdorf („Solidarität der Demokraten").

„Zwiebel" (Christianeum): Diese Schülerzeitung wurde ebenfalls wegen eines Aufklärungsartikels verboten. Der Artikel befaßte sich sachlich mit Verhütungsmitteln. Begründung für das Vertriebsverbot: Sexualkunde sei für die 5. und 6. Klassen nicht ausdrücklich vorgesehen.

Besonders werden Artikel zu den Themen „Sexualität" und „schulinterne Kritik" (an Unterrichtsinhalten, Lehrern usw.) zensiert, und das nicht von ungefähr: Schließlich könnten solche Artikel – im Gegensatz zu mehr allgemeinpolitischen – direkte Auswirkungen auf die Schule haben. Eine Solidarisierung gegen rechte Lehrer oder Maßnahmen der Verwaltungsbürokratie würden direkt den Schulfrieden stören.

Parallelen zur allgemeinen Situation werden z.B. im Fall „Maulwurf" deutlich: Ein Aufruf zur Demonstration in Brokdorf am 19. Februar (einschließlich Bauplatzbesetzung) mußte auf Druck der Schulleitung geschwärzt werden. Die Begründung hier: Der Artikel verstoße erstens gegen gesetzliche Bestimmungen (Sachbeschädigung) und zweitens falle es auf die Schulleitung zurück, wenn jemand auf den Aufruf hin zur Demonstration gehe und dabei verletzt würde.

Gemeinsam sind auch Jugendzeitungen stärker

Nun werden solche Zensurmaßnahmen längst nicht einfach hingenommen, sondern von vielen Zeitungen öffentlich gemacht. So verteilt man eben die unzensierte Zeitung vor der Schule. Aber organisiert klappt das „Wehrt euch" natürlich besser: im Verband der Hamburger Jugendredakteure, der „Demokratischen Jugendpresse Hamburg e.V.")DJPH).

Neben der Herausgabe einer Zensurdokumentation, aus der die obigen Fälle entnommen sind, ist die DJPH noch weiter aktiv: So hat sie den auf einer Tagung des Dachverbands „deutsche jugendpresse e.V." erarbeiteten Entwurf eines Schülerpressegesetzes beschlossen. Dieser Gesetzentwurf, der sämtliche Zensurmaßnahmen verbieten soll, würde die zur Zeit notwendige Vertriebsgenehmigung durch die Schulleiter beenden.

Pressefest erfolgreich

Insgesamt über 600 Jugendzeitungsredakteure und Interessierte erschienen am 15. April zum 1. Jugendpressefest der DJPH. Motto: Gegen Zensur und Repressalien – für eine freie Jugendpresse. Dort konnte man Schülerzeitungen tauschen, in Workshops mitmachen oder sich an einer Podiumsdiskussion zum Thema Jugendpresse beteiligen. Die Verbindung zu politischen Auseinandersetzungen und insbesondere zur Anti-AKW-Bewegung war ebenfalls da: DJPH zeigte Brokdorf-Videofilme, auch in den musikalischen Beiträgen waren entsprechende Lieder zu hören, und schließlich lief wohl gut die Hälfte der Anwesenden mit „Nein danke"-Plaketten rum... Auch in den verkauften Schülerzeitungen fanden sich sehr häufig Artikel über Atomanlagen.

Und die DJPH macht weiter: Neben dem Aufbau einer Rechtsberatung ist für uns außerdem der erste geplante Jugendpressekongreß der djp wichtig. Anfang Juni werden sich in Frankfurt etwa 400 Redakteure jugendeigener Zeitungen treffen. Um die Kontinuität und damit auch die Widerstandskraft der Jugendzeitungen zu stärken, laufen weitere Aktivitäten: So erschien zum Pressefest die erste Ausgabe der landesweiten Schülerzeitung „Plattform", die die zur Zeit ja recht aktive Schülerbewegung in Hamburg durch Erfahrungsberichte, Dokumentationen, praktische Hilfe und einen Info-Service unterstützen soll. Anzeigen- und Druckervermittlungen werden organisiert, ein Jugendpressearchiv wird aufgebaut.

Bleibt also am Schluß die Aufforderung an interessierte Jugendzeitungsredakteure, Eltern, Lehrer und die, die eine Zeitung machen wollen: Arbeitet mit in den Arbeitsgruppen der DJPH, unterstützt uns durch Geld- oder Sachspenden oder durch eine Fördermitgliedschaft. Ruft uns einfach von 16 bis 18 Uhr (garantiert sind wir Freitag da) an:
DJPH
c/o Schülerkammer Hamburg
Katharinenkirchhof, Hbg. 11
Tel.: 33 02 27

Kai Hamdorf

DIE VERLORENE EHRE DES FISCHMARKTS

Wie uns das Fernsehen Terroristen verschafft

"Report" hatte die brandheißen Informationen. In der Fernsehsendung vom 18. April wurde ein „neues Terroristenzentrum" vorgestellt: das Kommunikationszentrum am Fischmarkt. Mit welchen Methoden von den "Report"-Leuten gearbeitet wurde, zeigt der Bericht eines ihrer Kronzeugen, des Kellners Manfred (siehe: "Report" in der vorletzten Ecke). Im Folgenden geben wir außerdem den Fischmarkt-Leuten selbst die Möglichkeit, auf die gegen sie gerichtete Diffamierungskampagne zu antworten.

Einige Leute von uns fingen vor etwa zwei Jahren an, im Verein „Aktion Inhaftierten- und Entlassenenhilfe" mitzuarbeiten, da sie die Idee gut fanden, ein Kommunikationszentrum für Entlassene und Inhaftierte aufzumachen. Je näher der Termin der Eröffnung des Kommunikationszentrums aber heranrückte, um so offensichtlicher wurden auch die unterschiedlichen Vorstellungen unter den einzelnen Mitgliedern des Vereins bezüglich der Funktion eines solchen Kommunikationszentrums und bezüglich der praktischen Arbeit im Knast. Unsere praktische Perspektive basierte auf der Einsicht über die gesellschaftlichen Ursachen von „Kriminalität" – dementsprechend strebten wir z.B. auch Zusammenarbeit mit Gruppen an, die in anderen Bereichen der menschlichen Unterdrückung arbeiteten (Trebergruppen u.ä.), versuchten wir im Knast die Leute anzusprechen, die auch bereit waren, ihre Situation zu verändern usw. Hierüber kam es immer wieder zu Kontroversen.

Falschmeldungen

Das schlug sich bei der nächsten Vorstandswahl darin nieder, daß andere als die Initiatoren des Vereins in den Vorstand gewählt wurden. Praktisch wirkte sich das so aus, daß wir von nun an versuchten, immer wieder die Ursachen von „Kriminalität" und die Situation der Gefangenen öffentlich zu machen und auch öffentlich dagegen anzugehen. So sind wir z.B. im Herbst '75 mit ca. 20 Leuten ins Hamburger Rathaus zur Bürgerschaftssitzung gegangen, um die Isolierungsmaßnahmen gegen einen Gefangenen aus Fuhlsbüttel und dessen Hungerstreik bekannt zu machen.

Das alles führte dazu, daß viele der alten Vereinsmitglieder sich von unserer Arbeit zurückzogen. Uns war klar, daß eine solche Aktion uns nicht reines Wohlwollen einbringen würde, trotzdem fanden wir sie aufgrund der Situation des Gefangenen notwendig. Bei dieser Aktion wurden viele festgenommen und nächsten Monat (Mai 77) werden die Prozesse anlaufen.

Aufgrund dieser Aktion wurde im Herbst 75 von Seiten der Presse, geschürt durch die Falschmeldung, einige Leute seien mit Messern bewaffnet gewesen, eine Hetzkampagne gegen unser Kommunikationszentrum am Fischmarkt gestartet. Diese Hetzkampagne gipfelte darin, daß Anfang des Jahres 76 uns die Schuld am Selbstmord der in Fuhlsbüttel gefangenen Rohrmoser und Krieger in die Schuhe geschoben wurde. Zu den sonstigen Erschwernissen unserer Arbeit, wie Besuchs- und Schreibverbot in den Knast, Streichung der Unterstützungsgelder sowieso, kamen nun also die Kriminalisierungskampagnen über die Presse hinzu.

Die Gefangenen, mit denen wir in Kontakt standen, wurden z.T. völlig von den anderen Gefangenen isoliert. Wir waren jedoch zu schwach, um eine wirklich effektive Unterstützung für sie auf die Beine zu stellen, zumal wir eben auch noch klarkommen mußten mit den Angriffen gegen uns, der permanenten Observierung durch die Polizei, den Geldschwierigkeiten (viele Leute trauten sich, z.B. aus Angst vor Berufsverboten, nicht mehr in unsere Kneipe). Wir haben da gemerkt, daß sich unsere Aktivitäten danach gerichtet haben, was im Knast gerade so lief, also reagierend auf eine Auseinandersetzung zwischen Gefangenen und Knast. Mit dieser Auseinandersetzung hatten wir zunächst nicht viel zu tun, hatten nur – unabhängig von unserer jeweiligen persönlichen Situation – zu gegebenem Zeitpunkt als Sprachrohr zu funktionieren. Solche Überlegungen führten dazu, daß wir eine Zeit lang öffentlich gar nichts mehr gemacht haben, nur versucht, mit uns und der Situation klarzukommen, versucht, wieder Luft holen zu können.

Kommunikationszentrum Fischmarkt. Vor der Tür Haushund ‚Carlos', der für die Nachrichtenvermittlung zwischen Baader-Meinhof-Gruppe und Fischmarkt sorgt...

Isolierung ist überall

Dabei fiel uns auf, daß diese Luft, die wir in dieser Stadt einatmen, eine fragwürdige Errungenschaft ist, da wir langsam dahinterkamen, daß auch dieser Bereich schon ziemlich verseucht ist. Es wurde klar, daß uns aufgrund der Situation in dieser Stadt – die gekennzeichnet ist durch Autos, Kaufhäuser, Industrieanlagen, Lärm, Verpestung, Wohnghettos, Tiergefängnisse, Menschenghettos, Knäste, hetzende Menschen, Stress usw. – die Grundlage unserer direkten Lebensbedürfnisse immer mehr entzogen wird. Für uns bedeutet das, daß wir was uns auf dem Herzen liegt, in unsere direkten Umgebung, den Stadtteil St. Pauli, hineintragen. Auf der Grundlage: durch direkte Aktionen etwas verändern.

Während der Knastarbeit haben wir feststellen können, daß Knast häufig die Brechung des Menschen bewirkt und bewirken soll. Dadurch sollen andere, die nicht drin sind, auch eingeschüchtert werden. Viele Merkmale der Knastsituation (Unterdrückung, Isolation) finden wir in anderer Form in unserer täglichen Umgebung wieder. Verantwortlich für diese Zustände – ob es sich um Knäste Atomkraftwerke oder sonstwas handelt – sind immer dieselben, als Beschützer des Ganzen schicken sie auch immer dieselben.

Mitte Oktober 76 wurde mit dem Bau des AKW in Brokdorf begonnen. Das Gelände wurde zur Festung ausgebaut und wieder schickten sie dieselben Bullen und Werkschutzleute zur Sicherung. Entsprechend dem Aufruf der BUU haben wir uns auf eine Platzbesetzung praktisch vorbereitet. Seit dem ersten Besetzungsversuch am 30.10. lief nun eine allgemeine Pressehetze gegen alle, die zur Besetzung in Brokdorf aufgerufen hatten und die da waren. Seitdem arbeiten die verantwortlichen Politiker, Bundesregierung, Staatsschutz mit allen Mitteln der Drohung und Einschüchterung daran (Hetze in der Presse bis Haftbefehle wegen versuchten Totschlags), diejenigen, die sich von der staatlichen Propaganda für AKWs, für „Bürgerdialoge" usw. nicht mehr einlullen lassen, diejenigen, die wirklich versuchen, ‚den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen', von allen anderen AKW-Gegnern zu isolieren.

Die ganze Hetze hat sich dahin eskaliert, daß jeder, der am 19. Februar nach Brokdorf statt nach Itzehoe gehen wollte, schon von vornherein in der ganzen Presse, im Radio, Fernsehen als Terrorist kriminalisiert wurde – daß es hieß 10.000 Terroristen seien in Grohnde gewesen. Um diese allgemeine Hetze an Personen festzumachen, exemplarisch für alle anderen, die sich nicht einseifen lassen, haben sich die Staatsschutzstrategen die BUU Stadtteilgruppe St.Pauli Fischmarkt rausgegriffen. So galt der MEK-Angriff am 19.2. im wesentlichen der Fischmarktgruppe, so werden wir seit Ende 76 verhältnismäßig regelmäßig offen observiert.

Zusammen leben, zusammen arbeiten

Daß gerade wir besonders stark angegriffen werden, hat wohl verschiedene Gründe. Zum einen liegt das wohl daran, daß wir hier am Fischmarkt alle zusammen leben, wohnen, arbeiten, politisch arbeiten: zum anderen liegt es wohl daran, daß wir uns außer gegen Atomkraftwerke auch gegen andere Formen staatlichem Terror gewendet haben und wenden.

Ein Beispiel: Nach dem Tod von Buback sind die Haftbedingungen verschiedener Gefangener aus der RAF, die sich im Hungerstreik befinden, derart verschärft worden, daß die sich dagegen mit Durststreik zu wehren gezwungen sahen. Da auch die Hamburger Gefangenen völlig von allen Informationen von draußen abgeschnitten waren (kein Radio, Zeitung, Besuch...) hielten wir es zumindest für notwendig, ihnen wichtige Informationen von draußen in den Knast hineinzurufen, was dann auch getan wurde. Wie ernst die Situation war und immer noch ist, kann man z.B. einem Artikel der FR vom 21.4. entnehmen: der Pflichtverteidiger von Gudrun Ensslin hat aufgrund ihrer Haftsituation sein Mandat niedergelegt und sinngemäß erklärt, es könne sich der Verdacht ergeben, das Leben seiner Mandantin werde als minderwertig betrachtet, was der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes widerspreche.

Während die Anti-Atom-Bewegung gegenwärtig stark ist, wie nie zuvor, bieten Aktivitäten zur Situation der politischen Gefangenen der Polizei die Möglichkeit, uns zu isolieren. So wurden in der „Report"-Sendung auch Parolen, die in der Umgebung unseres Zentrums gemalt worden sind („Buback du Gangster, jetzt bist du weg vom Fenster") deren Wert uns übrigens zumeist als fragwürdig erscheint, als Aufhänger genommen, um uns insbesondere von der Bewegung gegen Atomanlagen abzuspalten.

Wie sonst ist es zu erklären, daß ein Reporter, der sonst nur Auslandsreportagen bringt, in eineinhalb Tagen diesen Bericht zusammenschmiert, ohne irgendwelche Recherchen zu unternehmen. Wir glauben, daß die Informationen direkt von den Bullen kommen, daß die Sendung überhaupt erst auf Weisung des Verfassungsschutzes hin gemacht worden ist. Übel ist, daß der Reporter noch nicht einmal davor zurückschreckte einen Rufmord zu begehen, indem er Hartmut als Rädelsführer und Parolenschmierer namentlich nannte. Hartmuts Mutter hat daraufhin eine Überdosis Schlaftabletten genommen.

Die Kriminalisierungskampagnen vor etwa einem Jahr hatten außer der Hetze keine weiteren Folgen gehabt. Wir wissen aber, daß sich der Staat augenblicklich durch die Anti-AKW-Bewegung mehr angegriffen fühlt als je.

Laßt uns also bitte nicht alleine mit unseren Schwierigkeiten.

Stadtteilgruppe Fischmarkt

„Report" in der vorletzten Ecke

In der Report-Sendung wurden Leute aus der Nachbarschaft vom „Fischmarkt" befragt – so auch der Kellner Manfred aus der Kneipe „Zur vorletzten Ecke". Mit diesen Interviews sollte belegt werden, daß es sich bei den Fischmarkt-Leuten um „Sympathisanten der RAF" handelt. Uns kamen diese Interviews reichlich zusammengeschnitten vor. Um Klarheit zu kriegen, fuhren wir in die „Vorletzte Ecke" und trafen dort Manfred. Sein erster Kommentar: „Das war 'ne große Sauerei, die ham mich ziemlich reingelegt!"

Was war passiert? Die Report-Leute waren am Freitag in der Kneipe aufgetaucht, um angeblich eine Sendung über Resozialisierung von Strafgefangenen zu machen. Manfred wollte eigentlich kein Interview geben, weil er schon einiges gekippt hatte. Da er aber Knastarbeit gut findet, hat er schließlich doch eingewilligt. Manfred: „Wir haben zuerst über die Knastarbeit vom Fischmarkt geredet. Dann fingen die Herren plötzlich mit der Buback-Geschichte an und fragten mich nach der Feier in der Flohmarkt-Kneipe, dem Treffpunkt der Fischmarkt-Leute."

Mit welchen Methoden hier erwünschte Antworten zurechtgerückt wurden, zeigt folgender Wortwechsel aus der Fernsehsendung: Manfred wollte offensichtlich keine Auskunft über die „Feier" geben – trotzdem drängen die Report-Leute ihn in diese Ecke: „Die ham sich doch gefreut, hast du erzählt." Manfred: „Naja, was heißt gefreut, Emotionen zum Ausdruck gebracht." Die Report-Leute bohrten weiter: „In welche Richtung, will dir nichts in den Mund legen, erzähl selber." Manfred: „Ich kann wenig englisch, äh, Buback is dead, oder irgendsowas, war aber mehr Jazz." Report: „Also Buback ist tot."

Manfred erzählte uns dann weiter von seinen Erfahrungen mit dem Fernsehen: „Zum Schluß fragten die mich dann, was ich denn selber von Bubacks Erschießung halten würde. Meine Antwort – Der Mann hat halt auch sein Berufsrisiko – gefiel ihnen überhaupt nicht. Das können wir auf keinen Fall bringen, war ihr Kommentar, und dann war Schluß." Manfred bestand anschliessend darauf, daß die Leute am nächsten Tag nochmal kommen sollten. Die Herren ließen sich aber nicht blicken.

Während unserer Unterhaltung mit Manfred hörten wir noch eine andere Geschichte über den Fischmarkt, die in die Report-Sendung nicht reinpaßte: Hans und Uschi, die früheren Besitzer der Gaststätte „Trixi", waren früher öfter mal in der Flohmarkt-Kneipe. Eines Abends hatte Uschi ihre Handtasche stehenlassen: „In der war sogar meine Uhr mit Brilliantringen drin. Am nächsten Morgen bin ich dann gleich hin, und die Tasche stand immer noch vor der Theke. Ich hab gleich alles nachgeguckt, es hat überhaupt nichts gefehlt. Und das, wo doch so viele Knastologen in der Kneipe drin sind." Hans' Kommentar: „Das gibt's in keiner andern Kneipe auf St. Pauli."

W./Chr.

Verlag Association GmbH

Rainer Taëni

Latente Angst: das Tabu der Abwehrgesellschaft

Versuch einer ganzheitlichen Theorie des Menschen

Dieses Buch unterscheidet sich in wesentlicher Hinsicht von anderen, jüngst erschienenen Büchern mit ähnlicher Thematik, indem es die Angst in ihrem *gesamten, jetzt und heute aktuellen Bezug zu jedem einzelnen von uns* darzustellen sucht. Hierbei geht der Autor noch erheblich weiter als etwa Duhm und Janov. Er stellt einen Aspekt des Gesamtphänomens in den Vordergrund, von dem man bisher zwar wußte, der aber sehr weitgehend tabuisiert war. Es ist die *latente Angst*, die jeder mit sich herumträgt, aber nicht erkennt, weil sie *abgewehrt ist. Eben daher stellt* sie eine konkrete und wachsende Gefahr dar. 440 Seiten, ca. 18,–

NEUES LOTES FOLUM® 1/27

ZEITSCHRIFT FÜR DIE POESIE UND DIE REVOLUTION

Herausgeber:
Necrophiliacs Liberation Front (NLF)

Ortsgruppe Frankfurt: *Das Editorial* – Ortsgruppe Berlin: *Das Eintreten in die Begriffe* – (PR-Abteilung des NLF): *Ein Programm* – Aja Zutschestowawadschju: *Eine Erklärung* – A. Mijn Jong: *Ein Tagtraum* – G. v. Campe: *Eine Revolte* – A. Sohn Rethel: *Eine Kritik* – P. Feyerabend: *Ein Diskurs* – G. Bataille: *Ein entfalteter Begriff* – Redaktion: *Eine Erfahrung.*

Großformat, 308 Seiten DM 20,–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84

Auf den Tod des Generalbundesanwalts Siegfried Buback

1.
Was soll ich sagen
von einem toten Menschen
der auf der Straße lag
zerfetzt von Schüssen

den ich nicht kannte
und nur wenig zu kennen glaubte
aus einigen seiner Taten
und einigen seiner Worte?

2.
Dies Stück Fleisch
war einmal ein Kind
und spielte

Dieses Stück Fleisch
war einmal ein Vater
voll Liebe

Dieses Stück Fleisch
glaubte Recht zu tun
und tat Unrecht

Dieses Stück Fleisch
war ein Mensch
und wäre wahrscheinlich

ein besserer Mensch
gewesen
in einer besseren Welt

3.
Aber genügt das?
Könnte man nicht dasselbe
von anderen Menschen sagen
die eingingen in die Geschichte
befleckt und verurteilt
vom Nachruhm
ihrer Unmenschlichkeit?

4.
Was er für Recht hielt
hat Menschen
schaudern gemacht

Was er für Recht hielt
hat dieses Recht
in Verruf gebracht

Seine Nachrufe waren
nur so
wie Nachrufe sind

5.
Was er getan hat
im Leben
davon wurde mir kalt ums Herz

Soll mir
nun warm ums Herz werden
durch seinen Tod?

6.
Der Abscheu vor ihm
half Herzen
verhärten wie seines

sein Tod
wird helfen
sein Lebenswerk fortzusetzen

Sein Tod wird helfen
das Denken
auf ihn abzulenken

und so zu verdecken das Unrecht
von dem dieser Mensch
nur ein Teil war

Schon darum
kann ich nicht ja sagen
zu seinem Tod

vor dem mir
fast so sehr graut
wie vor seinem Leben

7.
Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
wäre nicht so gestorben

Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
hätte nicht gelebt

ERICH FRIED: „So kam ich unter die Deutschen" – Gedichte

(erscheint Mai 1977 im Verlag Association)

Haftentlassung: Abgelehnt!

Prozeß gegen Roth und Otto – Anklage ist zusammengebrochen

Anläßlich einer Solidaritätsveranstaltung für Karl Heinz Roth und Roland Otto haben wir in Nummer 1 dieser Zeitung über den Prozeß in Köln berichtet. Roth und Otto werden des gemeinschaftlich vollendeten Mordes und des versuchten Mordes in zwei Fällen angeklagt. Doch geschossen hat keiner von beiden. Auch die Anklage behauptet dies nicht. Der Prozeß hat im Januar begonnen. Verhandelt wird die Schießerei in der Nacht zum 9. Mai. Bei der Schießerei kamen Werner Sauber und der Polizist Pauli ums Leben, Roth und der Polizist Grüner wurden schwer verletzt. Wie kam es zu dieser Schießerei? Entspricht die Darstellung der Polizeizeugen und der Anklage der Wahrheit?

Die bisherige mündliche Beweisaufnahme hat die von Anfang an unglaubhafte Konstruktion der Anklage für jeden objektiven Prozeßbeobachter sichtbar gemacht. Hier sollen nur die wichtigsten und die zum Himmel schreienden Manipulationen der Staatsanwaltschaft zusammengefaßt werden:

In der Anklage wird insbesondere Roth von den Polizeizeugen schwer belastet. So soll er, bereits schwer verletzt am Boden liegend, noch in den Gürtel zur Pistole gegriffen haben. Diese Konstruktion dient der Staatsanwaltschaft dazu, den subjektiven Mordvorsatz zu begründen. Doch in der mündlichen Verhandlung blieb bis auf den Polizeizeugen Grüner kein Polizist mehr bei der Aussage: er habe in der Nähe der rechten Hand von Roth eine Waffe auf dem Boden liegen sehen.

Die Verteidigung deckte während des Prozesses eine massive Beweismittelunterdrückung der Staatsanwaltschaft auf. So fehlten vorübergehend die Kugel aus dem Bauch von Roth und sein Führerschein/Kraftfahrzeugbrief. Noch schlimmer war die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft nur ihr genehme Fotos, die von einem Pressefotografen unmittelbar nach dem Tatgeschehen aufgenommen wurden, ausgewählt hatte. So waren alle entlastenden Fotos aussortiert worden. Erst als die Verteidigung diese Fotos in den Prozeß einführte und die Polizeizeugen mit ihnen konfrontierte, rückten diese von ihren früheren belastenden Aussagen ab. Denn auf den Fotos konnte man weder bei Roth und schon gar nicht in „der Nähe seiner rechten Hand" eine Pistole sehen.

Nur der Polizeizeuge Grüner blieb bei seiner Aussage: Er will in Roths Hand erst die ganze Pistole, dann nur den Pistolengriff und dann wieder „nicht den Griff im technischen Sinn", sondern die Pistolenkammer oberhalb des Griffes gesehen haben. Mit dieser Aussage verteidigt Grüner, daß er auf den bereits am Boden liegenden und schwer verletzten Roth einen weiteren Schuß, einen Lungendurchschuß, abgegeben hat. Da die Widersprüchlichkeit von Grüners Aussage zu offensichtlich ist, schlägt ein Anwalt dem Hauptbelastungszeugen vor: Er, der Anwalt, wolle sich auf den Boden legen, um die Lage von Roth zu rekonstruieren.

Grüner verweigert diese Rekonstruktion mit dem Ausruf: „Das kann ich nicht!" Als Roth dann sein Hemd auszieht und dem Gericht zeigt, wie der Schußkanal des von Grüner verursachten Lungendurchschusses verläuft, muß Grüner auf Befragen zugeben, so wie er die Situation dargestellt habe, hätte dieser Schußkanal nicht entstehen können. Dennoch bleibt Grüner bei seiner Aussage.

Die Zeugenvernehmung der Polizisten hat ergeben, daß alle Polizeizeugen gemeinsam auf den Prozeß vorbereitet wurden und Einsicht in ihre Vernehmungsprotokolle und eine Bildmappe genommen hatten. Bei anderen Zeugen würde man diesen Tatbestand unzulässige Zeugenbeeinflussung nennen.

Bereits in diesem Prozeßstadium gingen viele Prozeßbeobachter und Vertreter der Presse davon aus, daß nach der bisherigen Beweisaufnahme die Mordanklage auf keinen Fall aufrechterhalten werden kann. Doch erst wollten die Angeklagten selbst zur Sache aussagen. Ihre Anwälte haben für den Zeitpunkt danach Anträge auf Haftentlassung angekündigt. Karl Heinz Roth und Roland Otto berichten übereinstimmend und entsprechend den objektiven Beweismitteln (Sachverständigengutachten) über den wahren Hergang in der Nacht zum 9. Mai folgendes:

„Nach kurzem Zögern stieg mein Beifahrer als erster aus. Ich sah ihm zu. Er öffnete die Tür zu etwa zwei Dritteln und blieb etwas gebückt, schräg dem Wageninnern zugewandt, stehen, wobei er mit der rechten Hand den oberen Türrahmen umfaßte und mit dem linken Ellbogen an der Karosseriefassung der Tür lehnte. So stand er etwa zwei bis drei Sekunden, höchstens zwei Meter von einem Beamten schräg vor ihm entfernt, den er teilweise verdeckte. Dann machte er eine Drehung, er nahm dabei die Hände nicht nach unten. In diese Bewegung fiel ein trockener, heller Knall, auf den nach einer kurzen Pause weitere helle Knälle in kurzem Abstand folgten. Weder unmittelbar vor noch während dieser Schüsse hörte ich Stimmen, es wurde ohne Vorwarnung geschossen, und zwar nicht etwa, wie die Anklage unterstellt, vom Beifahrer, sondern von den Polizeibeamten. Beim ersten hellen Knall zuckte ich zusammen, rutschte mit dem Gesäß auf dem Wagensitz nach vorn und versuchte mich querzulegen, um mich in Sicherheit zu bringen. Ich bekam einen heftigen, schneidenden Schlag von hinten in den linken Rücken. Ich verlor für Augenblicke das Bewußtsein. Ich kam kurz wieder zu mir, als ich – über die Körperhaltung, die ich in dieser Situation einnahm, weiß ich nichts – einen weiteren Schlag von hinten in die linke Lendengegend erhielt, der mich innerlich zerriß. Ich wurde nach vorn und seitlich geschleudert. Ich fand mich auf dem Pflaster des Parkplatzes wieder, ich fühlte mich auf ihm wie plattgewalzt, ich war völlig bewegungsunfähig. Dann war ich wieder bewußtlos. Ich kam erneut wieder zu mir, als sich ein Hund in meiner rechten Schulter festbiß. Ich schrie. Erneut verlor ich das Bewußtsein."

Die Anwälte von Roth und Otto stellen Anfang April einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Haftbefehle. Sie begründen ihren Antrag damit, daß die Version des Tatgeschehens, wie sie die Anklageschrift unterstellt, unhaltbar ist. Die Tatsachenfeststellungen auf dem Parkplatz, die rekonstruierbaren Geschoßbahnen und der wahrscheinliche Zeitablauf beweisen, daß die Angeklagten in ihrer Aussage zur Sache den tatsächlichen Ablauf des Tatgeschehens geschildert haben: Die Polizei hat auf den davonlaufenden Werner Sauber geschossen und dieser habe dann zurückgeschossen. Weder Roland Otto noch Karl Heinz Roth haben auch nur den Versuch gemacht, sich zu wehren.

Der Antrag auf Aufhebung der Haftbefehle wird abgelehnt.

In der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft heißt es u.a.: „Die bisherige Beweisaufnahme hat... nichts dafür ergeben, daß Roth nicht versucht hat, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Es haben sich ...im bisherigen Verlauf der Beweisaufnahme keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Angeklagten nicht in stillschweigendem Einverständnis mit dem verstorbenen Sauber gehandelt hätten." Beide Sätze signalisieren, wie die Staatsanwaltschaft unter endgültiger Preisgabe des strafprozessualen Beweisverfahrens versucht, ihre Anklage über die Hürden zu retten.

Roland Otto und Karl Heinz Roth sind im Sinne der Anklage unschuldig. Soll an ihnen ein politisches Exempel statuiert werden? Die Verteidigung und Öffentlichkeitsarbeit für diesen Prozeß kosten viel Geld. Bitte spendet oder sammelt Geld!

Spendenkonto:
Stadtsparkasse Köln
Wolfgang Hippe
Konto-Nr. 105103287
(BLZ 370 501 98)
Postscheckkonto
Wolfgang Hippe – Sonderkonto
Konto-Nr. 135816-508
(BLZ 370 100 50)

A.E.

PRÄMIE FÜR ELF ABSCHÜSSE

Sozialdemokratische Bildungspolitik: Lehrerarbeitslosigkeit

In Hamburg stehen heute etwa 1000 Lehrer auf der Straße. Ihre Zahl erhöht sich ständig nach den jeweils halbjährlichen Staatsprüfungen. Für Voks- und Realschullehrer herrscht ein fast totaler Einstellungsstopp. Ein Skandal in der Bildungspolitik! Hieß es noch in jüngster Zeit, mehr Lehrer würden gebraucht, um wenigstens im Verhältnis von Lehrerzahl zu Schülerzahl den Standard anderer europäischer Länder zu erreichen, wurden diese Pläne ohne Aufhebens der Sparpolitik von Bund und Ländern geopfert.

Die Wirtschaftskrise unserer „sozialen"Marktwirtschaft veranlaßte Bürgerschaft und Senatoren der sozialdemokratisch regierten Hansestadt Hamburg, „Prioritäten zu setzen": die Steuereinnahmen reichen zwar für Subventionen an die Großindustrie (Bau von Hansaport für die Salzgitter AG, Übernahme der Verluste von Reynolds Aluminium), aber nicht für die Anstellung der arbeitslosen Lehrer.

Dabei ist der Lehrermangel keineswegs beseitigt, von Reformen oder Verkürzung der Arbeitszeit von Lehrern (50 - 60 Stundenwoche) ganz zu schweigen. Stundenausfall, Verzicht auf Förderung häuslich benachteiligter Schüler und auf Einrichtung kleinerer Klassen auch in Arbeiterstadtteilen sind einige der Folgen.

Für die meisten von uns, die wir später einmal Lehrer werden wollen, ist das Referendariat eine ständige Qual: das Unterrichten macht keinen Spaß, weil die Schüler unsere Ausbildungssituation kennen und sie auszunutzen wissen, die anleitenden Lehrerkollegen müssen uns ständig kontrollieren, damit sie uns sagen können, was wir falsch machen.

Am schlimmsten sind jedoch unsere Vorgesetzten, die Seminarleiter. Seitdem sie wissen, daß jeder von uns Angst hat, einmal nicht eingestellt zu werden, nutzen sie dies aus, weil politische Diskussionen und Kritik für den, der sie äußert, ein existentielles Risiko bedeutet. Außerdem scheinen sie ihr gesichertes Beamtengehalt als Verpflichtung aufzufassen, die Lehrerarbeitslosigkeit dadurch zu vermindern, daß sie immer mehr Referendare durch die Prüfungen fallen lassen. Bezeichnenderweise hagelt es Fünfen und Sechsen in den Beurteilungen gerade der Referendare, die den meist konservativen Ansichten der Seminarleiter in pädagogischer Theorie oder auch politisch etwas entgegenzusetzen haben. Da wird dann ein Berufsverbot überflüssig, wenn schon im Vorfeld aussortiert wird. Mit geschultem Blick für den Staatsfeind sorgen die Seminarleiter für ein Klima der Einschüchterung.

... begehrten Wanderpokal überreicht.

„Ich bin einer von 11 Referendaren, den Sie, Herr Hoff, im letzten Semester durchfallen ließen. Mir haben Sie..." Seminarleiter Hoff, deutlich erregt, sprang von seinem Pult und eilte zur Tür. Doch es gab für ihn kein Entkommen. Wir hatten vor der Tür eine Kette gebildet. Auch durch die schreiend fordernden Worte „Lassen Sie mich aus meinem Zimmer", ließen wir uns nicht einschüchtern. Zwei von uns versuchten, ihn zu beruhigen: „Herr Hoff, nun haben Sie doch keine Angst. Wir wollen Ihnen doch nur einen Preis verleihen."

Ein Augenblick der Stille. Wir versuchten fortzufahren. Hoff schien jetzt endgültig durchzudrehen. Da wir so nicht weiterkamen, gingen wir zum Höhepunkt unseres Auftritts, der „Preisverleihung" über. Folgende Urkunde wurde verlesen:

Lieber Herr Hoff, hiermit möchten wir Ihnen den Wanderpokal überreichen, der gestiftet worden ist für die hervorragende Arbeit, die SIE in diesem Semester an der Referendarsfront geleistet haben!

Es ist Ihnen in geradezu märchenhafter Art und Weise gelungen, die Politik des Senates umzusetzen und einen großartigen Beitrag zur Verschleierung der Lehrerarbeitslosigkeit zu leisten.

Im Vorfeld sortierten SIE aus. Bravo! 11 Treffer! Damit haben SIE die höchste Trefferquote beim Abschuß von Referendaren erzielt. Diese Saison – lieber Herr Hoff – war IHRE Saison! Erfolgreich haben SIE jede menschliche Regung unterdrücken können. Und geradezu vorbildlich haben SIE jede pädagogische Verantwortung lässig von IHREN Schultern streifen können. Unbefleckt und makellos stehen SIE da!

Aus einer so kritischen Distanz zielsicher und unbeirrbar 11 Referendare – wir können auch Menschen sagen – zu erledigen, dafür unseren Dank.

Jedes weitere Wort erübrigt sich.

Wir zogen das Tuch beiseite und sichtbar wurde ein echter, prächtiger, noch etwas blutiger Schweinskopf. Entsetzen! Empörung! In der Wortwahl schon etwas verwirrt, schrie der Beschenkte: „Das ist ‚Tätigung'! Lassen Sie mich aus meinem Zimmer! Ich zeige Sie an!" Er verfolgte uns noch bis auf die Straße.

Jetzt haun wir auf den Putz!

Die zunächst unmittelbar Betroffenen, die arbeitslosen Lehrer, bekommen nicht einmal Arbeitslosengeld und sind auf die Unterstützung ihrer Familien angewiesen (!). Gemeinsam mit den Referendaren haben sie teils mit, teils ohne Unterstützung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) in vielerlei Aufklärungsaktionen auf die Mißstände hingewiesen. Gestreikt wurde – noch – nicht wegen des Beamtenstatus. Wir berichten hier über eine Aktion, die sich gegen die Erfüllungsgehilfen der Sparpolitik im Bereich der Lehrerausbildung richtete: die Seminarleiter am Staatlichen Studienseminar.

Wir wandten uns direkt an einen Repräsentanten dieser Politik, der elf Referendare im letzten Semester durchfallen ließ und damit die höchste „Trefferquote" erzielte. Wir, eine Gruppe von 11 Referendaren, marschierten mit Masken und einem Präsent bewaffnet ins Hoffsche Seminar. Jeder von uns sollte einen der Durchgefallenen spielen.

Wir hatten alle ein ganz schön mulmiges Gefühl in der Magengegend. Hastig setzten wir unsere Masken auf. Ohne Zögern, ein Mutiger an der Spitze, platzten wir zur Tür hinein.

Kleinanzeigen

Kostenlos sind Kleinanzeigen, wenn jemand etwas verschenken möchte und 1 Zimmer, 1 Wohnung oder 1 Mitfahrgelegenheit anbietet. Andere Anzeigen sind spottbillig: 2.– DM in Briefmarken. DIE ANZEIGEN SIND AUF 8 ZEILEN beschränkt. Alle weiteren angefangenen 5 Zeilen kosten 5. – DM. Telefonisch werden keine Anzeigen angenommen! In die Rubrik Kleinanzeigen nehmen wir keine gewerblichen Anzeigen auf. Wir behalten uns vor Anzeigen nicht zu veröffentlichen.

Freie Räume für Gruppen: Das CVJM-Zentrum in Hamburg 62, Langenhorner Chaussee 235, kann für Veranstaltungen und Wochenendseminare für alle Gruppen und Initiativen – bis 150 P. – Räume zur Verfügung stellen. Tel. 6953090.
Bauernhaus 120 km von Hamburg (Nähe Lichtenmoor) 4 Zi., Kü., Toil., Dusche, an Arbeitskreise, Examenskand., Kinderläd. und Initiativen für DM 15,– pro Tag zu vermieten. Liegt sehr einsam, Kneipen jed. erreichbar. Termine anmelden Tel. 43 33 73 (Günter).
Suche 5-Zi.-Wohnung m. Bad u. Heizung in Hamburg-Eppendorf - Hoheluft - Harvestehude. Sehr dringend! Tel. 4390933 (Arnulf).
Für den 14-jährigen Andreas suchen wir eine Wohngem. oder nette Familie, die ihn bei sich aufnehmen kann, weil er sonst ins Heim zurück muß. Wir haben seinen dort ebenfalls abgehauenen Freund bei uns aufgenommen und dab. behördl. Schwierigkeiten überwunden. Tips können wir geben. Die Unterstützung der Sozialbehörde beträgt DM 500,- Tel. 58 63 19.
Klöndeel — Werkstatt für Alternativen steht WGs, Alternativgruppen, Einzelnen (ca. 20 Plätze) offen, freie Freizeiten (günstige Preise). 2381 Fahrdorf-Loopstedt, Tel. 04621/33124.
Asphaltaktivisten: In Lübeck findet vom 20. - 22. Mai ein Straßenmusikfestival statt. Alle sind eingeladen. Kontakt: Henry Paetau, Engelsgrube 67, 24 Lübeck 1.
Wer verschenkt gebrauchte Fahrräder? Tel. 319 41 56 / 49 93 10 (Uwe).
Material zur Planung beim Hamburger Verkehrsverbund (insbesondere Untersuchungen) gesucht. Bitte an die Redaktion schicken.
Wer baut fachmännisch und billig eine Dusche ein? Tel. 48 63 36.
Stereo-Receiver (25 W), Plattenspieler und Fernseher gesucht. 48 63 36.
Bin 22 Jahre alt, 180 cm groß und sitze z.z. hinter Gittern. Suche dringend Kontakt zur Außenwelt, um zu sehn, daß es auch Frauen gibt, die Verständnis für meine Frage aufbringen. Helmer Henkel, Am Hasenberg 26, 2000 Hamburg 63.
Kupferbilder - echte Handarbeit! Geboten zu Billigstpreisen, außer Porträts, alle Motive, Alster – u. Elbpanoramen, Hafenperspektive u.a., schreibt an Gr. Freiheit, Kennwort Kupfer.

Heinrich-Heine-Buchhandlung
Grindelallee 26 2000 Hamburg 13

Lehrlingshandbuch (rororo)	6,80
Sozialismus für Italien (vsa)	16,80
Sjöwall/Wahlöö: Die Terroristen	5,80
Werkkreis Literatur: Schulgeschichten	5,80
Kursbuch 47: Frauen (Rotbuch)	8,–
Exil, Die Ausbürgerung W. Biermanns	12,80

040/44 97 78

VORFÜHRUNG 6 / Mai 1977

Kino im Studio Hamburg, 2 Hamburg 70,
Tonndorfer Hauptstraße 90, Telefon 66 88 32 25

So 1. - Mo 2. Die Möwe Jonathan, USA 73
Di 3. - Do 5. Vier für ein Ave Maria, Ital. 69
Fr 6. - Mo 9. Steiner – Das Eiserne Kreuz, BRD/Engl. 76
Di 10. Hedda Gabler, Engl. 74
Mi 11. - Do 12. Spartacus, USA 60
Fr 13. - Sa 14. Tarzoon, Schande des Dschungels, Frankr. 75
So 15. - Mo 16. Silent Movie, USA 76
Di 17. To have and to have not, USA 44
Mi 18. - Do 19. Der Mann, der vom Himmel fiel, Engl. 75
Fr 20. - Sa 21. Caprona – Das vergessene Land, Engl. 76
So 22. - Di 24. Zwei Himmelhunde auf dem Weg zur Hölle, Ital.
Mi 25. - Do 26. Little Big Man, USA 70
Fr 27. - Sa 28. The concert for Bangla Desh, USA 71
So 29. - Di 31. Einer flog über das Kuckucksnest, USA 75
M 1.6. High Sierra, USA 41

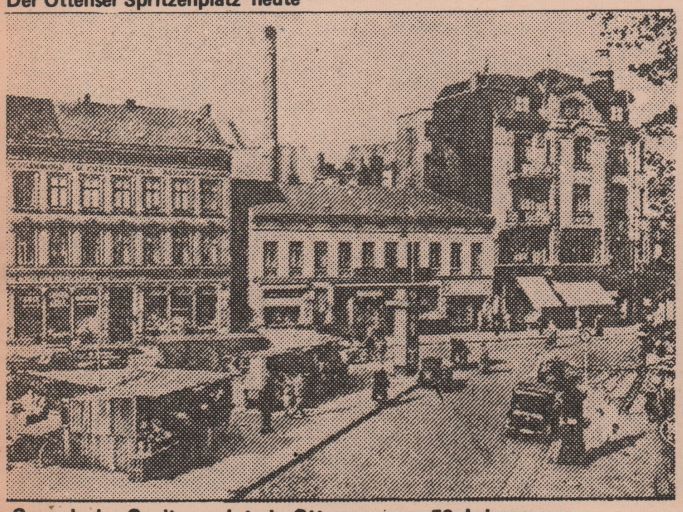
Beginn Mo - Fr 20.30 Uhr, Sa + So auch 18.00 Uhr

Mottenbu
gestern u

Arnoldstraße: Vor 100 Jahren ...

... und heute

Der Ottenser Spritzenplatz heute

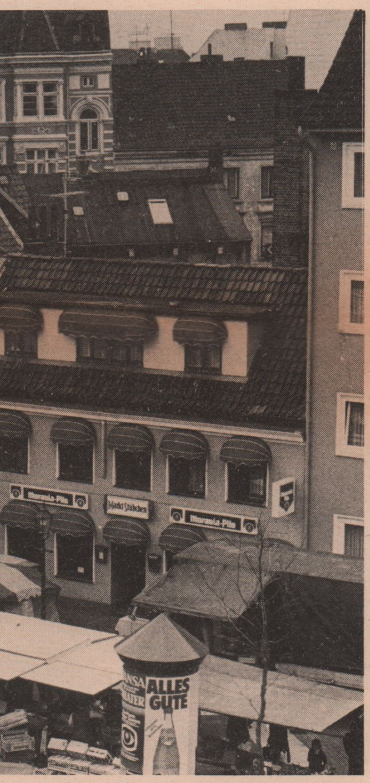


So sah der Spritzenplatz in Ottensen vor 50 Jahren aus

Die Ottenser „runden Ecken"

Mottenburg — gestern und heute

... und heute



Ab Mitte Mai findet im Ottenser Stadtteilzentrum DIE MOTTE eine Ausstellung mit dem Thema „Mottenburg – gestern und heute" statt. Durch Hausbesuch, Nachforschungen bei Behörden und Kontakten zu alteingesessenen Läden und Firmen hat die Fotogruppe der MOTTE Material über das Kerngebiet des Viertels zusammengestellt. Viele ältere Einwohner hatten bereits aufgrund eines Rundschreibens der Fotogruppe ihr Interesse an ihrem Stadtteil wiederentdeckt und kramten Fotos aus Schubladen und Schachteln heraus. Ganze Serien kamen zusammen, z.B. eine Reihe von Fotos, die die 100jährige Entwicklung eines Hauses in der Arnoldstraße zeigen (siehe Abb.). Weil der Stadtteil von Krieg und Feuer weitgehend verschont geblieben ist, sind solche Serien aus Mottenburg keine Seltenheit. Erhalten geblieben sind deshalb viele der für diesen Stadtteil typischen „Ottenser Ecken" (Fotos). Die oft mehr als 80 Jahre alten Gebäude des Gebiets sind teilweise äusserlich renoviert worden, während die Innen-Ausstattung oft noch äußerst dürftig ist. In einer Untersuchung wurde festgestellt, daß 26 Prozent der Wohnungen kein eigenes WC haben, 70 Prozent weder Bad noch Dusche und 64 Prozent mit Kohle- oder Ölofen geheizt werden.

Aus diesen Gründen stehen Probleme der Sanierung gerade in Ottensen aktuell an. Dabei wird es nicht beim Bau von Fußgängerzonen bleiben wie in der Ottenser Hauptstraße und am Spritzenplatz. Vielmehr fürchten besonders ältere Leute, die oft schon seit ihrer Geburt in derselben Wohnung leben, durch Abriß oder Mieterhöhung aus ihrem Lebenszusammenhang herausgerissen und aus dem Stadtteil vertrieben zu werden. Die Bevölkerungsstruktur hat sich in den letzten Jahren bereits erheblich verändert, wie die Statistik ausweist: Die Einwohnerzahl ist im Sanierungsgebiet S 2 rund um Eulen- und Arnoldstraße seit 1970 um 13 Prozent zurückgegangen (in ganz Hamburg nur 5 Prozent). Die Zahl der Ausländer hat sich in den letzten sechs Jahren verdoppelt. Von den heute 2000 Bewohnern sind etwa 650 ausländischer Nationalität. In einer Erhebung wurde auch festgestellt, daß die von Ausländern gezahlten Mieten um 55 Prozent höher liegen als die von deutschen Mietern. Die Qualität der Ausländer-Quartiere ist jedoch durchweg schlechter als die der übrigen Bewohner. Nur wenige Ausländer, besonders Türken, hatten die Möglichkeit, einen der freiwerdenden Eckläden zu mieten. Ihre Schaufenster machen jetzt das Stadtbild bunter. Auch viele Betriebe, vor allem Handwerker-Läden, wurden inzwischen geschlossen oder ausgelagert, ihre Gebäude teilweise abgerissen.

Die Ausstellung soll zur Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Stadtteils anregen. Die Bilder auf diesen Seiten stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Material dar. Die Zusammenstellung dieser Bilder wurde von der Fotogruppe der „Motte" vorgenommen. Die Redaktion der Stadtzeitung „Grosse Freiheit" plant derartige Fotoseiten auch für die nächsten Ausgaben, weil solche Gegenüberstellung alter und neuer Aufnahmen mehr Informationen und Anregungen bringen kann als manch langer Artikel. Interessierte aus den Hamburger Stadtteilen können sich mit der Redaktion in Verbindung setzen.

A. Pank

„runden Ecken"

Früher Kneipe, Treffpunkt auch des Arbeiter-Radfahr-Vereins „Solidarität" ...

... heute an der gleichen Stelle Supermarkt und Waschsalon

Vor 10 Jahren ...

... und heute: Ecke Am Pflug/Eulenstraße

DIE SCHERE IM KOPF

Ein Gespenst geht um im hohen Norden: Der Norddeutsche Rundfunk ist mit den Ereignissen um die Atomkraftwerke Brokdorf und Grohnde das Sprachrohr von Anarchisten geworden. Der Herr Stoltenberg aus Kiel hat es gemerkt, und das Kontrollorgan des NDR, der Verwaltungsrat, hat es ihm geglaubt. Wie anders können die Beschlüsse dieses Organs vom 19. April erklärt werden. Die dort über die Mehrheit verfügenden Herren von der CDU haben den Intendanten des NDR gleich zweimal verurteilt: wegen Verletzung des „Staatsvertrages" im Falle der Brokdorf-Berichterstattung und wegen Ausstrahlung der „Betriebsrat"-Serie.

Die Verurteilungen des SPD-Intendanten können jedoch nicht hauptsächlich auf irgendeine empfindliche Stelle des Herrn Stoltenberg zurückgeführt werden. Dahinter steckt Geschichte und auch Methode. Der Redakteursausschuss des NDR hat auf einer Pressekonferenz versucht, die Hintergründe dieses wohl für die Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der BRD einmaligen Vorgangs aufzuhellen (siehe Artikel auf dieser Seite). Die vom Staat im Verein mit einigen Springer-Blättern angezettelte Kampagne versucht, jeden Ansatz von kritischer Überlegung, sei es nun zu Atom-Problemen oder zur Situation in Betrieben, im Keim zu ersticken. Unterstellungen, Einschüchterungsversuche und offener Hetze tragen dazu bei, kritische Stimmen auszuschalten. Der Hörer soll glauben, daß im Rundfunk ganz gefährliche Leute sitzen. Da sind die Verbindungen zu Anarchisten und Terroristen nicht mehr weit. Auf diese Weise wird der Weg geebnet für einen „Staatsrundfunk", der nur noch sich selbst zuläßt. Um diese Ziele zu erreichen, scheuen der Herr Stoltenberg und seine Parteigänger keine Mühe. Da wird ihm – bzw. dem Verwaltungsrat – auf Verlangen eine mehrere hundert Seiten umfassende Dokumentation über die gesamte Brokdorf-Berichterstattung vorgelegt, aber zusätzlich ein eigenes Werk dazu erstellt. Die Fleißarbeit der Anstalt wird ignoriert.

Mit einer derart „vordergründigen, unzulänglichen und inkompetenten Ausarbeitung wie es die Redakteure des NDR beschrieben haben, versucht der CDU-beherrschte Verwaltungsrat dem NDR eine „linkslastige" Berichterstattung über Brokdorf unterzujubeln. Und ohne den von ihnen kritisierten „Betriebsrat"-Beitrag je gesehen zu haben, wird diese Sendung als „einseitig einer Interessengemeinschaft" dienend verurteilt. Ein mutiger Schritt, eine Tat gegen die Einseitigkeit. Denn die ist ja laut Staatsvertrag verboten. Darin stehen wörtlich u.a. folgende Ausführungen: „Der NDR hat seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmässigen Ordnung zu halten. Er hat die weltanschaulichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen zu berücksichtigen... Die Nachrichtengebung muß allgemein, unabhängig und objektiv sein... Der NDR soll... zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein. Er darf nicht einseitig einer politischen Partei oder Gruppen einer Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dienen. Dazu die Beschlüsse des Verwaltungsrat vor Augen, vergeht dem braven Staatsbürger und Rundfunk-Hörer das Hören. Und soll's ihm wohl auch.

Der Redakteurs-Ausschuss des NDR und Intendant Neuffer geben sich allerdings noch nicht geschlagen. Widerstand regt sich; der Intendant will dem Verwaltungsrat nicht folgen, die Betriebsrat-Serie bleibt im Programm, statt dessen wird er den Verwaltungsrat verklagen, weil dieser seinerseits gegen den Staatsvertrag verstoßen habe. Daß die Beschlüsse rechtswidrig seien, meint auch der Redakteursausschuß. Und in einer Stellungnahme geht er noch weiter:

„Der Redakteursausschuß sieht in diesem Verhalten des Verwaltungsrates seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Er nimmt sie als Beweis dafür, daß sich der Verwaltungsrat nicht satzungsgemäß als Organ des NDR versteht, sondern als Instrument zur Disziplinierung der Journalisten im NDR. Denn die willkürliche und rechtswidrige Verurteilung des Intendanten soll gezielt auch alle Programm-Mitarbeiter des NDR treffen, ungeachtet deren weitgefächerter politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Anschauungen."

Wiederholt beklagen die Redakteure auf einer Pressekonferenz, daß bei vielen ihrer Kollegen die „Schere im Kopf zum zweitwichtigsten Instrument" ihres Berufes geworden sei.

Wenn dem so ist, und das dürften einige Hörer und Seher schon mitbekommen haben, dann erscheint die Hoffnung auf die Gerichte und das Pochen auf die schönen Worte des Staatsvertrages recht hilflos. Wenn der Redakteursausschuß die „Hörerinnen und Höher und alle Kollegen" dringend bittet, sich gegen diese „undemokratischen Pressionen gemeinsam zu wehren und gegen die Entmündigung von Journalisten und Höhrern vorzugehen, dann muß er angesichts der eigenen Erfahrungen mit diesem Staatsvertrag auch hinterfragen, wem eine solche Rundfunk-Verfassung eigentlich dient.

Genau dieses wunderschön formulierte Statut wird von den Mächtigen im Land benutzt, um ihre Macht abzusichern. Dabei spielt im Prinzip keine Rolle, welche Partei aufgrund welcher Zufälligkeiten gerade die Macht hat. Gingen auch die Redakteure des NDR von der Möglichkeit und Tatsache aus, daß der Rundfunk ein Apparat zum Kommunizieren, d.h. auch ein Ausdrucksmittel ist, dann müssten sie die durch den Staatsvertrag beschriebene und festgelegte Einseitigkeit infragestellen und nach Alternativen suchen. Die beschworene Interessen-Gleichheit von Redakteuren und Gebührenzahlern (= Hörern) könnte erst dann wirksam werden, wenn der bislang Sprechende auch Hören lernt und der bisher Hörende das Sagen bekommt. Andere Länder wie Italien zeigen diesen Weg bereits an. Wann fangen wir an, selbst zu sprechen ?

A. Pank

NDR – „ANARCHISTENSENDER NORD"

Sie werden es vielleicht auf Ihrem Weg durch die Gänge dieses Hauses bemerkt haben: der NDR ist unterwandert. Hinter jeder Ecke steht einer — mit Schlapphut und dunkler Brille. Und wenn Sie nicht gesehen haben, so liegt das nur an der guten Tarnung. Wer jedenfalls das Gerede verfolgt hat, in dem der NDR seit Monaten ist, der weiß: es wimmelt hier von Linksradikalen. Das Programm und die Mitarbeiter des NDR erfreuten sich schon immer öffentlicher Anteilnahme; verstärkt aber hat sich seit dem vergangenen Jahr die kritische Aufmerksamkeit — oder aufmerksame Kritik — vornehmlich der Landesregierung von Schleswig-Holstein, der hinter dieser Regierung stehenden Partei und der zur Landesregierung Und/oder Partei gehörenden Verwaltungsräte des NDR, seit dieser über Probleme der Kernenergie und speziell über das Kernkraftwerk Brokdorf berichtet.

Die Verwaltungsräte — unter ihnen der für den Polizeieinsatz in Brokdorf verantwortliche Innenminister Titzck — beschlossen am 27.11.76, sich sämtliche zwischen dem 23.10. und 26.11. in Hörfunk und Fernsehen gesendeten Beiträge über dieses Thema zur Überprüfung vorlegen zu lassen. Der seinerzeit amtierende Redakteurausschuß mißbilligte diese Forderung und wertete sie als einen ‚massiven Einschüchterungsversuch mit dem Ziel', ‚für die Zukunft die kritische Berichterstattung und Kommentierung der Vorgänge ebenso zu verhindern wie eine offene Auseinandersetzung mit den Problemen der Kernenergie'. Diese Einschätzung hat sich bestätigt.

Der NDR sieht sich zahlreichen Angriffen ausgesetzt, die vor allem von der CDU und einer bestimmten Presse vorgetragen werden, wobei sich die Zeitungen mit den vier Buchstaben besonders hervortun. Es geht dabei nicht nur um die Brokdorf-Berichterstattung, sondern auch um andere Programme, und einzelne Mitarbeiter des NDR nach der Methode, diese Einzelnen herauszugreifen und an den linksradikalen Pranger zu stellne, umd den NDR an sich zu treffen. Gegen Kritik haben wir keine Einwände — nur ist hier die Betreuung oft so liebevoll, daß die dem Erlaß regierungsamtlicher Programmvorschriften gleichkommt. In mehreren Fällen wird vom NDR dem Druck von außen nachgegeben, in anderen Fällen wird dieser Druck atizipiert, um ihm zu entgehen.

Anfang Januar 1977: Die „Hamburger Zeitung" der CDU-Redaktion: NDR-Rundfunkrat Boysen — beschuldigt die Nachrichtenredaktion Hörfunk, sie arbeite „parteilich". CDU-Generalsekretär Biedenkopf macht pauschal einer Mehrheit der Rundfunkjournalisten für den gewaltigen Wahlsieg der Koalition verantwortlich, und Staatssekretär Rathke denkt öffentlich über ein ‚Radio Kiel' nach — aber nur theoretisch.

Es folgt der mittlerweile berühmte ‚Welt'-Artikel vom 31.1.: „Wie Merseburger einen Meinhoff-Helfer resozialisiert". ‚Bild am Sonntag' stößt nach mit „Skandal im NDR: Kommunist darf Kommunisten beubeln", und ähnlich fallen auch die Kommentare führender CDU-Politker aus. Deren Verwaltungsratmitglieder mißbilligen prompt den Beitrag über die Beisetzung von Max Reimann und die Beteiligung eines DKP-Mitgliedes als Autor und erheben dies (am 25.2.) zum Mehrheitsbeschluß des Verwaltungsrates — unter ihnen Christian Lochte, der über die Parteizugehörigkeit informiert und damit erst die Kritik an dem Beitrag ausgelöst hat.

Richtete sich diese (Kritik) vordergründig vor allem noch gegen den Autor Peter Homann und dessen gelegentliche Beschäftigung beim NDR, so weitete sich die Kampagne anläßlich der zum 19.2. geplanten neuen Brokdorf-Demonstration aus. Inzwischen nämlich ist beim Intendanten des NDR ein Brief von Ministerpräsident Stoltenberg eingegangen vom 19.1.77), in dem er den NDR zu einer zurückhaltenden Berichterstattung auffordert. Die Erfahrung habe gezeigt, daß eine über das Maß der Information hinausgehende Berichterstattung mit ständigen Hinweisen auf die Planung gewalttätiger Demonstration den Zulauf zu solchen Demonstrationen verstärken könne und so geeignet sei, friedwertige Bürger und Zuschauer zu gefährden.

Am 8. Februar sagt der Stellvertretende Intendant in seiner Antwort zu, daß der NDR Sendungen zu vermeiden suchen werden, die als über die Informationspflicht hinausgehende Hinweise auf die Planung gewalttätiger Demonstrationen verstanden werden könnten oder die geeignet wären, einen mit Sachlichkeit zu führende Auseinandersetzung zusätzlich zu emotionalisieren. Ergebnis: der Redakteursausschuß wird viermal angerufen.

Die große Jagd

Am 9. Februar macht ‚Bild' einen Beitrag des Vormittagsmagazins über eine Brokdorf-Ausstellung in der ‚Galerie Schnecke" zur Schnecke und Rundfunkrat Boysen behauptet in diesem Artikel: „NDR immer mehr Stimme der Revolution". Am selben Tag wird eine Abnahmepflicht für alle Fachbeiträge des Magazins verhängt. Am folgenden wird das Konzept der Inszenierung gegen den NDR deutlich: Kommunisten in Brokdorf — Kommunisten im NDR, deshalb ist hier wie dort eine Säuberung nötig. Es wird eine Kommunistengefahr konstruiert, um die personelle und inhaltliche Gleichschaltung der Programme ungehindert durchsetzen zu können. Daß die Klagen über Einseitigkeit oft von jenen kommen, die selbst nicht vielseitig sind, zeigt am 14.2. ein Bericht der ‚Welt' über die erwähnte Ausstellung. In einem Kommentar dazu werden die Kollegen Wahnschaffe und der NDR in einem Atemzug gebracht mit — so wörtlich — „kommunistischen Schlägertrupps" und die Parteien aufgefordert, sich endlich dem NDR zu widmen. — Am selben Tag bringt das ‚Kulturspiegel-Magazin' im Fernsehen einen Bericht über die Ausstellung. Ein Auftritt des Sängers Moßmann mit seinem „KKW-Nein-Rag" wird gestrichen, weil man einer zusätzlichen Emotionalisierung nicht Vorschub leisten wolle. Das ersatzweise geplante Moßmann-Lied ‚Sevesoballade' wird mit gleicher Begründung ebenfalls abgelehnt. Die Abmoderation wird ebenfalls gestrichen, da sie als versteckter Hinweis auf die Demonstration in Brokdorf verstanden werden könne. — Am nächsten Tag — die Demonstration ist inzwischen verboten — weist im übrigen die Landesregierung selbst in einer amtlichen Verlautbarung im Hörfunk auf die Planung einer gewalttätigen Demonstration in Brokdorf hin und warnt vor der Teilnahme.

Ein Kollege der Tagesschau beschwert sich, weil am 17. Februar aus einem Filmtext über die Abfahrt von 400 Polizisten aus Baden-Württemberg nach Brokdorf der Satz „Die Sonderzugaktion Baden-Württemberg soll 100.000 Mark kosten" gestrichen wird mit der Begründung. dieser Satz konne zur Emotionalisierung beitragen.

Am 19. Februar darf der Kollege Gerd Wasmund nicht wie vorgesehen aus Itzehoe berichten, weil er ein Flugblatt für die Demonstration in Itzehoe mitunterzeichnet und so anscheinend gegen ein Zölibatsgebot verstoßen hatte. Begründung: man müsse vermeiden, daß in einer — nicht näher bezeichneten — Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, Wasmund könne nicht unvoreingenommen berichten – obschon der NDR solches nicht unterstelle.

Vom Wasmund jetzt zum Volksmund und zwar zu dem der ‚Bild am Sonntag'. Unter dem Titel „Die Radikalen des öffentlichen Rechts" schießt sie am 13.3. gegen den NDR, der in einem angeblichen Volksmund „Anarchistensender Nord" heiße. Darin ist die Rede von einem Feldzug der Linksextremisten in den Funkhäusern, wo es imm linkssozialistische und neomarxistischer zugehe, darin wird schließlich gefragt: „Wer könne die übertriebene kommunistische Propaganda in unsere Sendeanstalten verhindern?" —

Weibliche Reporter gefährdet

Am 17.3. wird in Hannover der Fernsehjournalistin Dagmar Voß untersagt, entgegen ihrem eigenen Wunsch am 19.3. aus Grohnde zu berichten; wenige Tage später darf ihre Kollegin Gisela Ellenberg nicht nach Göttingen, wo Handgreiflichkeiten erwartet werden. Als Begründung dient zunächst eine angebliche Dienstanweisung, nach der solche Aufträge für weibliche Reporter zu gefährlich seien, Zweifel an ihrer beider Qualifikation werden schließlich nachgereicht.

Am 21. März bestellt in Kiel Staatssekretär Rathke den stellvertretenden Funkhausdirektor Walter Menningen in Landeshaus und spricht ihm in einer Verbalnote die Mißbilligung der Landesregierung über die Fernsehberichterstattung aus. CDU-Landesgeneralsekretär Dallmeyer erklärt öffentlich, unter Menningens Leitung sei das Kieler Nordschau-Magazin zum „Sprachrohr linkssozialistiscer Auffassung" geworden. Überhaupt habe der NDR im Zusammenhang mit Brokdorf und Grohnde Sendungen ausgestrahlt, „die Leidenschaften weckten und radikale Tendenzen förderten."

Von einer „einseitigen und unausgewogenen Berichterstattung", von berechtigter „Kritik an mehreren tendenziösen und teilweise wahrheitswidrigen Berichten zu Brokdorf" spricht am nächsten Tag Ministerpräsident Stoltenberg. Sein Kabinett werde in der 2. Jahreshälfte den Staatsvertrag prüfen und über eine Kündigung entscheiden. — Die ‚Welt' bezichtigt am selben Tag NDR-Redakteure, der Verharmlosung von Gewalttaten. — In Hannover erklärt die Landesregierung einen Sprecher der Hameiner Bürgerinitiativen diese selbst zu Kommunisten, ohne das zu belegen, und versucht, einen ihre genehmen Sprecher ins Fernsehprogramm zu bringen. Sie erreicht schließlich, daß Innenminister Groß einen zusätzlichen Fernsehauftritt erhält.

Am 25. März verlangt der CDU-Landtagsabgeordnete und Rundfunkrat Feindt in Hannover die Anwendung des Radikalenerlasses bei Neueinstellungen im NDR. Mitarbeiter des NDR fielen ganz eindeutig unter diese Bestimmungen. — Am 27. März spricht Stoltenberg gegenüber der ‚Welt am Sonntag' von NDR-Journalisten, deren Verfassungsverständnis fragwürdig sei.

Eingangs habe ich gesagt, die Einschätzung des Redakteurausschusse habe sich bestätigt, daß dessen Überprüfungsbeschluß darauf ziele, die kritischen Auseinandersetzung mit Fragen der Kernenergie zu verhindern. Inzwischen hat sich die Gefahr offenbar erweitert: sie droht nicht mehr nur der Berichterstattung über Brokdorf speziell und Kernkraft allgemein, sondern der unabhängigen Berichterstattung schlechthin. Wenn das Wort vom „Atomstaat" stimmt, dann gilt es auch für den Journalismus. Die Redakteursversammlung des NDR hat an dieser Stelle am 1. März sich entschieden dagegen gewandt, daß — Zitat — „der NDR zum Propaganda-Organ von Parteien oder Regierungen wird."

W. Thomsen/NDR

Hamburgs Sozialpraktikanten fühlen sich angeschissen: die ÖTV „verpasste" ihnen eine Lohnsenkung. Deshalb: Protestzug zum Gewerkschaftshaus.

ÖTV sorgt für Lohnsenkung

Die Praktikanten im öffentlichen Dienst sind von der ÖTV-Führung angeschissen worden! Sie akzeptierte eine fast 10prozentige Lohnsenkung. Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst forderten eine 11prozentige Lohnerhöhung, die ÖTV schloß bei 5,3% ab. Nach mehreren Versammlungen zogen die Praktikantinnen/en zum Gewerkschaftshaus und zum Rathaus, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Die „Interessenvertreter" reagierten mit massiven Einschüchterungsversuchen.

Betroffen sind sämtliche Praktikantinnen/Praktikanten, Lernschwestern/pfleger, Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege, die nach dem 31.3.1977 in den Öffentlichen Dienst eingetreten sind. Unsere Gehälter wurden von 75% auf 66 2/3 % des Tariflohns gesenkt. Das entspricht einer Lohnkürzung von etwa 150.- DM. Beschlossen wurde diese ausgemachte Schweinerei am 2.3.77 bei der Großen Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst in Stuttgart.

Die Begründung der ÖTV-Führung für diesen Lohnraub sieht so aus:

„Die Zustimmung der ÖTV zu dieser Entgeltregelung wurde dadurch erleichtert, daß

1. die öffentlichen Arbeitgeber sich verpflichteten, die Gesamtausgaben für diese Ausbildungsberufe nicht zu verringern und den durch die Neuregelung gewonnenen materiellen Handlungsraum zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu nutzen

Ist der gesamte Abschluß für den Öffentlichen Dienst von 5,3 % schon eine Frechheit, so ist die Kürzung unserer Berufspraktikantengehälter eine absolute Unverschämtheit. Dieses Ergebnis ist ohne Wissen und gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder zustandegekommen. Die Forderung nach der Kürzung ist klammheimlich von der „Arbeitgeber"-Seite eingebracht und von der ÖTV-Führung als Tarifabschluß akzeptiert worden.

Abgesehen von der Frage wie das VERSPRECHEN der Arbeitgeber kontrolliert und durchgesetzt werden soll, steht es ja wohl im eklatanten Widerspruch zu den Aufgaben einer Gewerkschaftsführung auf ein VERSPRECHEN von Arbeitgebern LOHNKÜRZUNGEN zuzustimmen. Das dann auch noch bei den Gruppierungen, die eh am schlimmsten dran sind, die sowieso nicht wissen, wie sie mit dem bißchen Kohle auskommen sollen und oftmals noch Schulden vom Studium haben.

Hier zeigt sich ganz deutlich, was die Gewerkschaftsführung unter

Fortsetzung nächste Seite

SOZIALPRAKTIKANTEN
(Forts. von S. 8)

„innergewerkschaftlicher Demokratie" versteht und wessen Interessen sie vertritt. Anstatt mehr Lohn und Ausbildungsplätze für alle zu fordern und mit Streik durchzusetzen, arrangiert sie sich mit den Arbeitgebern. Sie entlarvt sich damit als aktiver Verfechter der Sparpolitik der Regierung.

Die ÖTV-Führung ist mit diesem Tarifabschluß zufrieden. Sie versucht uns weiszumachen: „Sie (die ÖTV) allein ist in der Lage, fortschrittliche Regelungen von grundsätzlicher Bedeutung für alle Beschäftigten durchzusetzen. Für die Mitglieder und Funktionäre der ÖTV ist Solidarität kein leeres Wort." (Zitat aus der Eilnachricht 4 des Hauptvorstandes zur Tarifbewegung 77, Kluncker und Merten).

Erste Auswirkungen

Bei uns am Fachbereich Sozialpädagogik schlug dieser Tarifabschluß wie eine kleine Bombe ein. Sämtliche Sozialarbeiter/innen für die das Berufspraktikum am 1.4. begann, erfuhren praktisch erst wenige Tage vor dem Beginn des Praktikums von diesem Beschiß und daß sie bereits von dieser Kürzung betroffen sind.

Warum die Behörden den Einstellungstermin vom 15.3. auf den 1.4. verlegten und die meisten von uns bis heute noch keinen Anstellungsvertrag haben, trotz des bereits begonnenen Praktikums, wurde uns, nachdem der Tarifabschluß endlich durchgedrungen war, natürlich sofort klar. Neben der fast 10 % igen Kürzung wurde uns auch noch eine übertarifliche Leistung gestrichen. Bisher sind wir nach Erhalt der „staatlichen Anerkennung" nach einem halben Jahr in die nächst höhere Gehaltsstufe gerutscht. Jetzt sollen wir 4 Jahre darauf warten. Dies stellt eine weitere Diskriminierung unserer Berufsgruppe dar.

Auf der Berufspraktikantenversammlung am 13.3. am Fachbereich war die Empörung über diese unverschämte Kürzung, die Hinhaltetaktik der Behörden und die gemeinsamen Verschleierungsmanöver von Gewerkschaft und Behörde entsprechend groß. Auf der einberufenen ÖTV-Vertrauensleuteversammlung waren sich alle darüber einig, entschlossen gegen diese Kürzung zu kämpfen. Am 6.4. fand eine Vollversammlung am Fachbereich statt, auf der wir uns einigten, zum Gewerkschaftshaus und zum Rathaus zu gehen und „unseren Interessensvertretern" mal klar zu machen, was wir von diesem Lohnraub halten.

Widerstand und Repression

Im Gewerkschaftshaus angekommen geriet der Bezirksvorsitzende Schnelle beim Anblick der Leute, der Sandwiches, Flugblätter und Transparente erstmal in Panik. Er brüllte, ohne daß diese was gesagt hatten, er werde die Polizei rufen wenn sie nicht augenblicklich das Haus verließen. Mit dem Ruf nach den Bullen waren diese natürlich gar nicht einverstanden und blockierten das Telefon. Daraufhin floh Schnelle entsetzt aus dem Raum,um seine Androhung wahrzumachen. Nachdem diese dann eingetroffen waren erklärte sich Schnelle und noch ein anderer Typ vom Vorstand bereit, unter Polizeischutz den Ablauf der Tarifverhandlungen „sachlich und objektiv und ohne Zwischenfragen" darzustellen. Als die mit ihrem Blah Blah fertig waren wurden wir aufgefordert, sofort das Gewerkschaftshaus zu verlassen.

Reichlich wütend auf diese Art von „Interessenvertretung" machten wir uns auf den Weg zu den „Volksvertretern" im Rathaus, ganz „unauffällig" von den Bullen begleitet. An der Bannmeile versperrten uns zunächst mal ca. 25 „Ordnungshüter" den Weg. Nach einigen Verhandlungsrunden mit der Einsatzleitung erhielten vier von uns die Genehmigung, in Begleitung die Halle des Rathauses zu betreten. Sie wurden dort dem Ratsdiener übergeben, der ihnen gleich erklärte, daß die „Volksvertreter" nicht für das Volk zu sprechen seien. Es werde ihnen aber großzugigerweise gestattet, bei den einzelnen Fraktionen vorzusprechen. Das brachte natürlich nichts.

Wieder in die große Rathaushalle zurückgekehrt, wurden unsere Sprecher erstmal von der Polizei kassiert, auf die Wache abtransportiert und eine Stunde festgehalten.

Die anderen standen derzeit an der Sperre und diskutierten mit den Passanten. Sie waren äußerst empört über das Verhalten der Polizisten. Ein weiterer Gipfel war dann, daß die Bullen einen Fotografen, der Aufnahmen gemacht hatte, ins Auto zerrten als dieser seinen Film zu Recht nicht rausrücken wollte. Den, der dies wiederum fotografiert hatte, nahmen sie auch gleich mit. Eine ältere Dame meinte sehr treffend, daß sie das verdammt an die Vergangenheit erinnere, 1933 war es ähnlich.

Sowohl die Gewerkschaftsfunktionäre als auch der Senat schrien nach den Bullen, als man Stellungnahmen haben wollte. Jede Wahrnehmung der eigenen Rechte wird mit massiver Einschüchterung beantwortet.

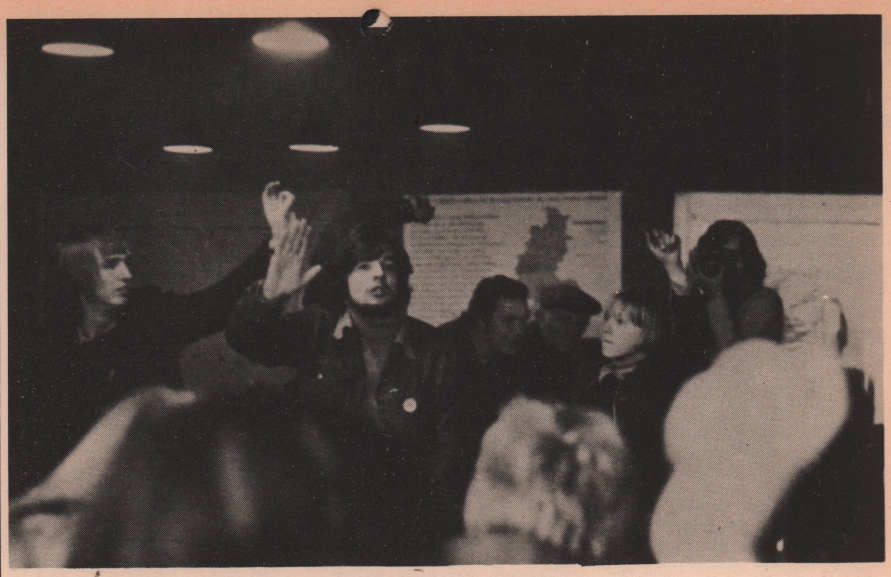
Nicht mundtot machen lassen!

Die geforderte ÖTV-Mitgliederversammlung war dann ebenfalls ein Hammer. Wir hatten die Information erhalten, daß der Berliner Senat die Regelung mit der Kürzung aufgrund des heftigen Protestes zunächst für ein Jahr auf Eis gelegt hat. Auf die Frage, was die Hamburger ÖTV-Führung gegen diesen unzumutbaren und diskriminierenden Gehaltsabbau zu tun gedenkt, meinte Eckhard Schön, ÖTV-Angestellter beim Hauptvorstand, er fühle sich an den Tarifabschluß gebunden. Undauf die Frage, wie sich die Art des Zustandekommens dieses Tarifvertrages mit dem „innergewerkschaftlichen Demokratieanspruch" vereinbaren ließe, wußte er lediglich mit einem Achselzucken zu antworten. Die ÖTV-Vertrauensleute erklärten uns dann noch, daß sie der ÖTV-Funktionär Schnelle aufgefordert hat, mal mitzuteilen, wer denn die Unverfrorenheit besessen hätte, in sein Büro einzudringen und ihn zu belästigen. Was das ist, ist klar: Aufforderung zur Denunziation.

Einer Praktikantin wurde unterdessen die „Pistole auf die Brust" gesetzt. Sie gehört zu den wenigen, die schon vor geraumer Zeit einen Vertrag mit der alten 75 %-Regelung unterschrieben hatte, vor Abschluß des Tarifvertrages. Danach erklärte man ihr, daß dieser null und nichtig sei und forderte sie auf, einen neuen mit der 66 2/3 %-Regelung zu unterschreiben. Sie weigerte sich. Vor wenigen Tagen, wurde sie wieder in die Dienststelle beordert. Man legte ihr die schriftliche Kündigung neben den miesen Vertrag auf den Tisch. Sie durfte „wählen". Was blieb ihr anderes übrig, als voller Wut zu unterschreiben.

Protestresolutionen mit der Forderung nach einer sofortigen Zurücknahme der Kürzung der Praktikantengehälter und der Wiedereinführung der übertariflichen Leistung sind inzwischen an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, den ÖTV-Hauptvorstand, Bezirksvorstand und die Bundesabteilung Sozialarbeit gegangen. Sie wurden von der ÖTV-Mitgliederversammlung, der Vollversammlung am Fachbereich Sozialpädagogik und des Rauhen Hauses verabschiedet. Wir fordern alle Praktikanten und Gewerkschaftsmitglieder auf: Diskutiert die ÖTV-Politik und die Rolle der Gewerkschaft als unser Interessenvertreter. Solidarisiert Euch mit uns durch Protestschreiben an den ÖTV-Bezirks- und Hauptvorstand. Setzt Euch mit uns in Verbindung, damit wir gemeinsam handeln können.

Kontakt über: Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik, Saarlandstraße, 200 Hamburg 60, und die Redaktion.



Abstimmung im Jugendzentrum Quickborn: Wir halten das Haus besetzt!

CDU will Jugendzentrum loswerden

Quickborner Jugendliche fordern Selbstverwaltung JZ besetzt

In der „Schlafstadt" Quickborn haben einige Politiker und Beamte keinen ruhigen Schlaf mehr: Der Beschluß des CDU-geführten Magistrats der Stadt, das Jugendzentrum zu schließen, brachte zwei Tage später 100 Jugendliche auf die Beine. Sie besetzten ihr Haus und fordern ein „Jugendzentrum in Selbstverwaltung", um endlich ihre Arbeit ungehindert fortsetzen zu können.

Zwei kaputte Fensterscheiben waren der angebliche Grund für die Anfang April verordnete Schließung. Daß den CDU-Leuten ganz andere Dinge nicht passen, zeigen einige Beispiele aus der wechselvollen Geschichte der Quickborner JZ-Bewegung. Unzufrieden mit dem Herumsitzen in einer von der Kirche geduldeten Teestube stellten 1973 mehr als 50 Jugendliche die Forderung an die Stadt: „Wir brauchen ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung!" Der Magistrat – damals noch SPD-Mehrheit – sagte 750 000 Mark zu und ließ ein neues Gebäude für das JZ in Auftrag geben. Vor der Eröffnung setzte sich die CDU bei den Wahlen durch. Sie hatte lange schon ihre Wünsche nach einem „Sicherheitszentrum" für Polizei und Feuerwehr etc. geäußert; aus den JZ-Verträgen konnte sie jedoch nicht mehr heraus.

Inhaltlich und organisatorisch gut vorbereitet wollten die Quickborner Schüler und Lehrlinge am 14.12.74 ihr Zentrum nach einem Demonstrationszug übernehmen. Ihre Forderungen nach Selbstverwaltung und zwei hauptamtlichen Sozialarbeitern blieben jedoch unerfüllt. Stattdessen legte die CDU Organisations- und Nutzungsordnungen vor und erteilte den Jugendlichen nur beratende Funktionen. Das Sagen, besonders in finanziellen Angelegenheiten, blieb bei der Stadt.

Welche Nachteile das bedeutete, zeigte der Wunsch des JZ nach einer Abzugsmaschine: Sie wurde nicht genehmigt, wohl weil die Stadt fürchtete, daß darauf ihr nicht genehme Sachen gedruckt würden. Im übrigen aber war das Zentrum ein voller Erfolg: Mehr als 100 Jugendliche kamen jeden Tag; Arbeitsgruppen, Werkstätten, eine Teestube wurden eingerichtet, Musikgruppen traten auf, Filme wurden gezeigt. Als dann die Hauptamtlichen endlich kamen, gab es oft nur Probleme mit ihnen:

Der erste haute nach einem Monat mit der Bemerkung ab, daß die Jugendlichen nicht saubermachen würden. Die Presse griff diese Behauptung gerne auf und machte eine Hetzkampagne draus; darin tauchte auch wieder auf, was einige Zeit vorher unterstellt worden war: das Jugendzentrum sei kommunistisch unterwandert. Und im Herbst 76 wieder eine Hetzkampagne gegen die Jugendlichen. Mehrheitlich hatten sie eine ihnen vorgesetzte Sozialarbeiterin abgelehnt, nachdem diese eine Zusage nicht eingehalten hatte, ihre Bewerbung zugunsten einer von den Jugendlichen gewünschten Erzieherin zurückzuziehen.

So blieb schließlich nur noch der Stadtjugendpfleger als „Hauptamtlicher" übrig. Völlig überlastet, konnte auch er die vielfältigen Probleme nicht lösen helfen. Zum 1.4.77 kündigte er. Wie sollte es weitergehen?

Die Jugendlichen gehen am 25. März auf die Straße, um ihre Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung deutlich zu machen. Die Stadt plant nämlich, die Einrichtung, die ihr soviel Ärger macht, abzugeben. Der „Internationale Bund für Sozialarbeit" soll das Haus in eigener Regie übernehmen. Mit Selbstverwaltung wäre es dann wohl endgültig Essig. Denn wie die Jugendlichen erfahren konnten, will der IB den Mitarbeitern und Besuchern des Zentrums allenfalls beratende Möglichkeiten zugestehen. Viele Erfolge, die die Jugendlichen bisher schon in ihrer Arbeit hatten, wären gefährdet. Sie geben eine eigene Jugendzeitung heraus, organisieren politische Veranstaltungen und Diskussionen und sie haben gemeinsame Erfahrungen gemacht und Verantwortungsbewußtsein für „ihr" Haus entwickelt.

Wir bleiben drin!

Diese Ansätze einer selbstbestimmten Arbeit in der Freizeit der Lehrlinge und Schüler sind der CDU und ihren Helfern in einigen Zeitungen ein Dorn im Auge. Sie wollen lieber „Ruhe und Ordnung" im Jugendzentrum haben. Der Anlaß zweier kaputter Scheiben kam ihnen deswegen sehr recht; ihre vorher schriftlich gegebene Zusage, daß das Haus auch ohne „Hauptamtliche" weitergeführt werden könne, wurde am 6. April schließlich durch Einbau eines neuen Schlosses und Einbehaltung der Schlüssel einfach nicht beachtet. Mit der dann durchgeführten Besetzung hatten sie wohl nicht gerechnet. Durch Vermittlung der jetzt in der Opposition befindlichen SPD gelang es den Jugendlichen, die Schlüssel von der CDU herauszukriegen und auch die Versicherung, daß die Besetzer erstmal drinbleiben könnten.

Die aber trauten dem Frieden nicht so ganz: „Wir haben Nachtwachen organisiert, einen Aufsichtsplan erstellt. Und was das Wichtigste ist: Wir machen unsere normale Arbeit in den Räumen weiter. Täglich kommen wieder 100 Jugendliche ins JZ. Auch die Schwierigkeiten mit einigen ‚Rockies' sind nicht mehr die alten. Die helfen jetzt richtig mit!"

Am 1. Mai beteiligen sich die Quickborner an einer Demonstration in Elmshorn und geben eine Sonder-Nummer zur Besetzung heraus. Befreundete Jugendzentren und Initiativen u.a. aus Rellingen, Tornesch und Pinneberg kommen regelmäßig zur Unterstützung.

Jeder 2. arbeitslos

Welche politischen Hintergründe bei dieser „Schlafstadt"-Geschichte eine wichtige Rolle spielen, zeigt der 1976 vom zuständigen Kreis Pinneberg herausgegebene „Radikalenerlaß". Danach bekommen nur noch die Jugendzentren Zuschüsse, die dafür sorgen, daß die in ihnen arbeitenden Gruppen und Einzelpersonen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Kein Wunder, denn wie anders soll man mit den Problemen einer Stadt wie Quickborn fertigwerden, in der 40 Prozent der arbeitenden Bewohner Pendler sind und mit einem Jugendzentrum klar kommen, in dem jeder zweite Besucher arbeitslos ist?

Die Jugendlichen des JZ haben andere Vorstellungen. Ihre praktische Arbeit wollen sie mit einem Organisationsmodell absegichert haben, das ihnen die Selbstverwaltung garantiert. Deshalb soll der Jugendzentrumsverein, in dem 150 Mitglieder sind, die Trägerschaft des Hauses übernehmen. Bis die Verhandlungen darüber erfolgreich abgeschlossen sind, wollen sie ihr Haus „halten", auch wenn die Besetzung „offiziell" aufgehoben ist. Ab Mai soll der IB neuer Träger sein. Er wird seine Pläne nicht ohne die Jugendlichen durchsetzen können, deren Forderung weiter lautet: „Für Selbstverwaltung".

Nach den Berichten von Juze-Mitgliedern/A.P.

Anmerkung: Die Sondernummer der JZ-Zeitung ist u.a. erhältlich in der Buchhandlung „Hälfte des Himmels".

„EUCH WERDEN WIR'S NOCH GEBEN!"

Atomgegner sollen kriminalisiert werden

Im Zusammenhang mit der Demonstration in Grohnde am 19. März 77 wurden mindestens 26 Demonstranten festgenommen. Gegen sie wurde Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Körperverletzung und in mehreren Fällen wegen versuchten Totschlags erstattet. Erstmalig wurden nach einer Demonstration vier Beteiligte über Nacht in Haft genommen und dem Haftrichter vorgeführt, der über eine weitere Untersuchungshaft entscheiden sollte.

Ich bin einer von diesen vier zeitweilig Inhaftierten. Meine Festnahme erfolgte während des Rückzugs der Demonstranten, nachdem die Polizei zur Räumung aufgefordert hatte. In den nicht geschlossenen Zug der zurückweichenden Demonstranten fielen die etwa 1000 Polizisten unter Einsatz von Schlagstock ein und griffen einzelne heraus; andere schlugen sie zusammen, ohne sie festzunehmen. Ich wurde hinter die Polizeireihen geschafft, geschlagen und durch uns bedrohende Polizistenketten („Totschläger", „Jetzt kriegt ihr endlich, was ihr verdient habt!") auf den Bauplatz zu einem Geländefahrzeug gebracht.

Dort befanden sich schon mehrere Festgenommene, einer mit einer blutenden Wunde am Bein von einem Hundebiß, ein anderer mit einer offenen Schlagwunde über dem Auge. Im Wagen, in dem wir zu einer Sammelstelle außerhalb des Baugeländes nach Kirchohsen unter scharfer Bewachung transportiert wurden, schlug ein Polizist auf seinen Gefangenen häufig mit dem Schlagstock ein – hauptsächlich auf den ungeschützten Kopf. Nach mehrfacher Durchsuchung auf Waffen – bei denen natürlich nichts gefunden werden konnte, weil wir keine besaßen –, Fotoaufnahmen, erkennungsdienstlicher Behandlung wurden wir in durchnäßter Kleidung und ungeheizten Fahrzeugen schließlich in Hameln in einen Gefängnisbus im Polizeipräsidium gesperrt.

Wir hatten keine Gelegenheit, unsere Rechte auf Rechtsanwälte, ärztliche Versorgung und Auskünfte über Festnahmegründe oder weitere Behandlung, über Dienstnummern oder Vorgesetzte wahrzunehmen und wurden häufig wegen unserer Fragen ausgelacht oder mit Drohungen („Euch werden wir es schon noch geben") eingeschüchtert. Ich wurde erst sieben Stunden nach meiner Festnahme vernommen. Meinen Rechtsanwalt durfte ich zwar anrufen: Da er und weitere Anwälte jedoch schon gegen jede Rechtsnorm Hausverbot für das Polizeipräsidium erhalten hatten (weil sie „die Beamten bei ihrer Tätigkeit stören"), erreichte ich ihn nicht.

Ohne weitere Erklärungen wurde ich mit vier anderen Demonstranten nach Hannover überführt und in einer Einzelzelle untergebracht. Erst um 10 Uhr am Sonntagmorgen durfte der Anwalt mit mir sprechen. Dies war der erste Kontakt zur Außenwelt nach 18 Stunden. Der Haftbefehl gegen mich wurde vom Haftrichter sofort bei der Vorführung aufgehoben, da er keine rechtliche Grundlage besaß. 24 Stunden nach meiner Festnahme wurde ich wieder freigelassen.

Strafverfahren häufen sich

Unsere Verfahren werden von der Staatsanwaltschaft in Hannover geführt. Gegen drei von uns (Bernd aus Hamburg und zwei AKW-Gegner aus Hildesheim und Hameln) wird wegen versuchten Totschlags ermittelt. Ministerpräsident Albrecht bezeichnet die Demonstranten als „Verbrecher" und fordert harte Strafen. Stellvertretend für alle Menschen, die in Wyhl, Brokdorf, Grohnde oder anderswo praktischen Widerstand gegen die atomare Gefährdung leisten, sollen jetzt einzelne Atomkraftwerksgegner herausgegriffen, als „Verbrecher" diffamiert und exemplarisch verurteilt werden, um so die ganze Bewegung zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

Die Strafverfolgungen finden nicht nur am Bauplatz bei Demonstrationen statt: Es häufen sich vorübergehende Festnahmen nach Veranstaltungen von Bürgerinitiativen (nach einer Konferenz der BI's in Hannover) und Strafanzeigen gegen einzelne Mitglieder und Untergruppen in Bürgerinitiativen (Arbeitskreis politische Ökologie). In der Folge von Festnahmen bei den vier großen Demonstrationen gegen die AKWs in Brokdorf und Grohnde laufen über 300 Straf- und Ermittlungsverfahren. Dazu kommen noch Verfahren gegen Flugblattverteiler, Plakatkleber, Berichterstatter, Fotografen.

Mit diesem Vorgehen soll insbesondere der praktische Widerstand verhindert und die Auseinandersetzung um Atomanlagen auf die Gerichts- und Diskussionsebene verlagert werden. Nach unseren Erfahrungen würde das bedeuten: Weiterführung des Atomprogramms ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Menschen.

Erst Handlungen wie die Besetzung in Wyhl, die Besetzungsversuche in Brokdorf, die Verhinderung von vorbereitenden Arbeiten für die Wiederaufbereitungsanlage in Lichtenhorst und Aschendorf und auch der Besetzungsversuch in Grohnde haben

- den Baustopp in Wyhl
- die vorläufige Bauunterbrechung in Brokdorf
- die Verzögerung der WAA in Niedersachsen

und die breite Auseinandersetzung in der Bevölkerung über die Gefahren der Atomenergie bewirkt. Dies ist den Regierungen, Gerichten, Erbauern und Betreibern von Atomanlagen bewußt, und daher versuchen sie, gerade diesen praktischen Widerstand zu brechen.

Mit Resolutionen ist nichts getan

Die Ermittlungen gegen die vier Verhafteten werden zügig vorangetrieben. Die Methoden, mit denen angebliches Beweismaterial bei und nach der Festnahme an den Mann gebracht wurde, beschreibe ich hier nicht, um mein Verfahren nicht unnötig zu belasten. Zwei der Verhafteten müssen sich jede Woche einmal bei der Polizei melden – ihre Haftbefehle sind nur ausgesetzt. Die Mindeststrafe für Landfriedensbruch ist sechs Monate Haft, für versuchten Totschlag zwei Jahre. Außer den Haftstrafen müssen die herausgegriffenen Demonstranten mit sozialen Folgen rechnen: Verlust des Arbeitsplatzes, Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche und Wohnungssuche. Zufällig trifft dies jetzt uns. In Zukunft wird jedoch jeder von uns darauf angewiesen sein, von den anderen AKW-Gegnern in diesen oder ähnlichen Situationen unterstützt zu werden, wenn er sein Recht auf Widerstand nicht aufgeben will.

Wie sich in Wyhl gezeigt hat, können wir erreichen, daß Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner eingestellt werden, wenn unser Druck stark genug ist. Mit Resolutionen allein ist es nicht getan. Wir müssen die Prozesse öffentlich vorbereiten, hohe Prozeßkosten aufbringen, das Vorgehen während der Prozesse bestimmen. Vor allem aber müssen wir an unserem Recht auf Notwehr durch praktischen Widerstand wie in Brokdorf, Wyhl, Lichtenhorst, Aschendorf und Grohnde festhalten und uns jetzt überlegen, wie wir nach den Brokdorfprozessen in Lüneburg bei Aufhebung des Baustopps in Brokdorf weitermachen.

Wolfgang, BUU-Eimsbüttel

GASTSTÄTTE EICHENBURG
2 HAMBURG 19 BISMARCKSTR 40
Geöffnet von 18 - 2 Uhr . Telefon 405536

Die Geschichte vom Krümmel-Monster

Im Rohbau ist es schon fertig, das Atomkraftwerk Krümmel bei Geesthacht – aber erst jetzt regt sich langsam größerer Widerstand. Für Ostern hatte eine Geesthachter Initiative zu einer Kundgebung vor Ort aufgerufen. Osterspaziergänge fanden an einem Dutzend Orten statt. Die Initiatoren – eine Kasseler Bürgerinitiative – wollten damit an die Anti-Atomtod- und Ostermarschbewegung der fünfziger und sechziger Jahre anknüpfen. Diese heute vielen unbekannte Bewegung richtete sich vor allem gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik und brachte damals Tausende von Menschen auf die Straße.

Obwohl allen vorher klar war, daß in Krümmel eine friedliche Kundgebung ohne Platzbesetzung stattfinden würde, hatten HEW und NWK – auch hier wieder in trauter Eintracht – noch schnell einen Metallgitterzaun um ihr Werk gelegt. Wenn schon mit dem Betrieb von Atomkraftwerken ein „Restrisiko nicht ausgeschlossen werden kann", so wollten sie uns gegenüber wenigstens ganz auf Nummer Sicher gehen.

Beim Osterspaziergang konnten einige hundert Demonstranten das Atomkraftwerk Krümmel von weitem betrachten. Eine nicht gerade ermutigende Situation.

„Wir tun nur unsere Pflicht"

Einige hundert Menschen hatten sich auf dem Kundgebungsplatz versammelt. Während uns die Kälte langsam in die Glieder drang, wurde eine lange Rede vorgetragen, die den meisten Anwesenden aber wohl nicht allzuviel Neues brachte. Nach einiger Zeit verließen immer mehr Leute den Kundgebungsort in Richtung Bauplatz. Auch wir schlossen uns an und standen schon bald vor der ersten Sperre. Endstation. Eine nicht gerade ermutigende Situation. Die Herren in Uniform entpuppten sich als Veteranen der Bewegung. Ob Brokdorf oder Grohnde, sie sind immer dabei gewesen – wenn auch leider auf der anderen Seite der Barrikade. Die rechte Überzeugung, mit aller Kraft den Fortschritt gegen einige Naturapostel und Linksradikale verteidigen zu müssen, haben wir nicht angetroffen. „Sie dürfen nicht davon ausgehen, daß alle Polizisten für Atomkraftwerke sind", wird uns gesagt. Aber: „Ich muß für meine Frau und drei Kinder sorgen." Der Vorschlag, ab und zu mal krank zu feiern, den Knüppel stecken zu lassen oder gar den Befehl zu verweigern, stößt auf wenig Gegenliebe. Die Angst vor der Entlassung ist zu groß. „Wir tun nur unsere Pflicht", sagt einer der Polizisten. Ein Argument, das uns irgendwie bekannt vorkam. So mußten wir uns damit begnügen, von weitem einen Blick auf das AKW Krümmel zu werfen.

Wie Interessen gewogen werden

Seit 1973 wird an diesem Denkmal deutscher Tüchtigkeit gearbeitet. 1979, vielleicht auch erst Anfang der achtziger Jahre, soll es in Betrieb genommen werden. Auch der Bau von Krümmel dient dem Ziel, für die Industrieansiedlungsprogramme entlang der Unterelbe zusätzliche Energie zu liefern. Denn zuvor „konnte standortsuchenden Unternehmen... kein konkurrenzfähiges Energiepreis-Angebot gemacht werden", wie der ehemalige Hamburger Wirtschaftssenator Kern beklagte.

Um Baugenehmigungen und ähnlichen Firlefanz haben sich HEW und NWK in Krümmel wenig gekümmert. Noch bevor eine Bauerlaubnis eintraf, waren bereits Millionen verbaut. Dieses Verhalten führte 1973 zu ersten juristischen Auseinandersetzungen. Der Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) ging vor Gericht, um zu verhindern, daß durch die Bauarbeiten vollendete Tatsachen geschaffen werden konnten, obwohl eine endgültige Baugenehmigung noch keineswegs in Sicht war. Der WSL-Antrag wurde abgewiesen. Interessant ist die Begründung:

„Bei der infolgedessen anzustellenden Interessenabwägung hat die Kammer die Interessen der Beigeladenen (HEW und NWK) auf der Grundlage des Standortvorbescheids die weiteren Vorbereitungsmaßnahmen für die Errichtung des Kernkraftwerks treffen zu können, und nicht durch eine Verzögerung des weiteren Genehmigungsverfahrens trotz des ohnehin schon bestehenden großen finanziellen Risikos beträchtliche Investitionsverluste erleiden zu müssen, höher bewertet als die Interessen der Antragsteller."

Die Aussage ist deutlich, die Parteinahme kaum verhüllt. Im Vordergrund stehen für das Gericht die Kapitalinteressen von HEW und NWK. Diese werden höher bewertet als die Einwendungen der Atomenergie-Gegner. HEW und NWK konnten weiterhin vollendete Tatsachen schaffen – und damit die Grundlagen für künftige Prozeßerfolge schaffen.

Nebenbei bemerkt: Das vielbeschworene „Unternehmerrisiko" ist für die Betreiber von Atomkraftwerken denkbar gering. Denn die westdeutschen Stromunternehmen haben jeweils in bestimmten Gebieten (wie die HEW in Hamburg) eine Monopolstellung. Sie können deshalb etwaige Fehlkalkulationen durch Preiserhöhungen auf die Abnehmer abwälzen – solange die dabei mitspielen – ohne Konkurrenz, Markteinbußen oder Pleiten befürchten zu müssen.

Damals fiel den Gerichten diese Art von „Interessenabwägung" zugunsten des Kapitals noch leicht. Der Prozeß vollzog sich weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die Umweltschutzgruppen waren ein kleines, ziemlich isoliertes Häuflein.

Heute stehen Politiker und Richter einer Massenbewegung gegenüber und einer Bevölkerung, die von den Gefahren der Atomenergie weiß, wie nie zuvor. Der Druck, den die Anti-Atombewegung ausübt, hat Ergebnisse gezeigt. Denn es ist ganz gewiß kein Zufall, daß die Atomenergie-Gegner gerade in Wyhl und Brokdorf – dort wo sie am stärksten sind – auch erste juristische Teilerfolge erzielen konnten. Daß bei dem in Brokdorf verhängten Baustopp auch die Hoffnung mitspielte, die Bewegung werde sich unterdessen totlaufen, widerspricht dem nicht.

Wie das noch laufende Hauptverfahren um Krümmel ausgehen wird, hängt also auch von uns ab. Gründe, die Hände in den Schoß zu legen, sind nicht gegeben.

mgr.

WEM GEHT DA EIN LICHT AUF?

Preis- und Investitionspolitik der HEW

Ohne Brokdorf werden die Lichter ausgehen, die Wohnungen auskühlen und die Arbeitsplätze verlorengehen, weissagen die Stromkonzerne, die mit ihren Planungen die Unternelbe zu der am dichtesten mit Atomkraftwerken besetzten Region in Europa machen wollen. Die behauptete „Energielücke" wird jedoch, trotz aller Bemühungen der Atomlobby, die Stromverschwendung anzuheizen, nicht eintreten. Am Beispiel der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), die in zehn Jahren ihre Stromerzeugung zu 55 Prozent aus Atomenergie decken wollen, läßt sich das mühelos nachweisen.

Gegenwärtig erzeugen die HEW in vierzehn Kraftwerken eine elektrische Leistung von 3782 Megawatt. Mitgerechnet werden dabei der Anteil am soeben in Betrieb genommenen Atomkraftwerk Brunsbüttel, aber auch einige ältere Anlagen, die als Reserve für Störfälle, Reparaturzeiten oder den Spitzenbedarf im Winter kurzfristig wieder angefahren werden können. Im durchschnittlichen kalten Dezember erreichte der Höchstverbrauch, die sogenannte „Winterspitze", nur rund 2000 Megawatt.

Die Differenz zwischen größtmöglicher Erzeugung und höchstem Verbrauch betrug demnach rund 1800 Megawatt. Die HEW haben sich also auf Kosten der Stromverbraucher eine Überkapazität von 47 Prozent aufgebaut.

Wann nun die Lichter ausgehen oder einigen Politikern ein Licht aufgeht, ist mit einer einfachen Zinseszinsrechnung zu ermitteln. Im Geschäftsbericht von 1975 korrigieren die HEW frühere, noch optimistischere Prognosen über das Wachstum des Energieverbrauchs: „Das veränderte Verbraucherverhalten läßt uns für die Zukunft eine geringfügige Abflachung der Zuwachsraten erwarten. Wir haben deshalb für unsere langfristigen Planungen den mittleren Lastzuwachs auf 5,5 Prozent zurückgenommen." Also wird die heutige Überkapazität von 1800 Megawatt 1982, im Jahre Brokdorf, erst auf rund 1000 Megawatt überschüssige Leistung gesunken sein. Und erst im Jahre 1988 würde der Stromverbrauch die Grenze jener Kapazität erreichen, über die die HEW heute bereits verfügen. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß die HEW schon 1979 vom Atomkraftwerk Krümmel/Geesthacht weitere 630 Megawatt beziehen wollen.

Die gewaltige Überkapazität ist auch dem Senat der Hnasestadt aufgefallen, der mit knapp Dreiviertel der Aktien eigentlich über einen gewissen Einfluß bei seinem Unternehmen HEW verfügen sollte. Hier allerdings wackelt der Schwanz mit dem Hund, das öffentliche Unternehmen bestimmt die Politik von Senat und Bürgerschaft.

Der SPD-Abgeordnete Jörg König wirft denn auch dem Senat vor, er arbeite in seinem 1975 vorgelegten Konzept zur „Sicherung der Versorgung Hamburgs" mit „geschönten Zahlen". Dort wird mit Fußnoten und Definitionstricks die damals tatsächlich vorhandene Überkapazität von 1000 Megawatt auf eine „echte Reservehaltung" von 223 Megawatt heruntermanipuliert.

Den Zweck der Zahlenverschönerung nennt das Senatspapier mit wünschenswerter Klarheit: „Bei dieser Sachlage wäre es nicht vertretbar, das Investitionstempo zu verlangsamen." So sollen denn nach den Planungen des Senats zwischen 1976 und 1980 noch einmal über eine Milliarde DM allein in Atomkraftwerke investiert werden. „Der Senat übernimmt treu und brav, was die HEW ihm vorgeschlagen haben", kommentiert SPD-Abgeordneter König.

Mit ihm haben sich auch die anderen SPD-Mitglieder im Bürgerschafts-Ausschuß für Vermögen und öffentliche Unternehmen daran gemacht, den nicht mehr zu leugnenden „fundamentalen Gegensatz zwischen Staatsinteressen und Unternehmerinteressen" und seine Ursachen zu ergründen.

Für die Parlamentarier ist das kaum leichter als für die Öffentlichkeit. Auch sie werden mit angeblichen technischen oder betriebswirtschaftlichen Zwängen in die Enge getrieben und mit Zahlen und Expertenurteilen bombardiert, die sie im Detail kaum prüfen können. Dafür nur ein Beispiel. Laut Protokoll des Vermögens-Ausschusses erklärten die Vertreter des Senats: „Wenn gewollt sei, daß weniger Energie verbraucht werden solle, werde der Versorgungstarif versteuert werden."

Mit dieser betriebswirtschaftlichen Scheinlogik haben HEW und Senat auch die beiden letzten von drei Strompreiserhöhungen begründet und den Kunden seit 1972 insgesamt rund 50 Prozent mehr aus der Tasche gezogen. Die Begründung mag für einen Teil der „fixen Kosten" zutreffen, die auch bei geringerem Stromverbrauch unvermindert anfallen.

Die eigentliche Ursache der Preiserhöhungen ist jedoch, daß die HEW mit Billigung des Senats trotz Ölpreiskrise und Rezession auf Biegen und Brechen und ohne jeden Abstrich ihr Investitionsprogramm durchgezogen hat. Denn nicht etwa die Löhne und Gehälter oder die Rohstoffkosten, sondern die Investitionen in immer neue Überkapazitäten bilden den größten Kostenblock. Seit 1970 steckte die HEW ausweislich ihrer Geschäftsberichte in keinem Jahr weniger als 35 Prozent vom Gesamtumsatz in neue Anlagen. Im Durchschnitt der Jahre 1970-1975 wurden sage und schreibe 45 Prozent vom Umsatz investiert, mit immer steigendem Anteil in Atomkraftwerke. Der Größenwahn des Monopolunternehmens HEW hat gleichwohl Methode. Der Neubau von Kraftwerken dient überwiegend der Vernichtung von „älteren, personalintensiven Anlagen". Das Ausmaß der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und der Verdrängung der Kohle durch Kernenergie steht natürlich in keinem Senats-Konzept.

In der vorläufig aufgehobenen „Ersten Teilgenehmigung" müht sich die schleswig-holsteinische Landesregierung, den Sachverhalt in einem Nebensatz zu verstecken, kann ihn aber doch nicht ganz verschweigen: Die HEW wollen bis 1982 Kraftwerke mit einer Leistung von 511 Megawatt stillegen. Der HEW-Anteil am Atomkraftwerk beträgt 650 Megawatt. Bleiben netto ein Zuwachs von 139 MW und netto ein Abgang von einigen hundert Arbeitsplätzen bei den HEW und einigen tausend im Kohlebergbau.

Der ungehemmten Profitmaximierung dient auch die zweite Methode der HEW, mit ihren heute vorhandenen Überkapazitäten volkswirtschaftlichen Schaden zu stiften.

„Diese ständige Expansion sowie der steigende Umfang der Kapazität zwingt geradezu zu einer Energieverschwendung", kritisieren die SPD-Abgeordneten im Vermögensausschuß der Hamburger Bürgerschaft. Ist die Kapazität erst einmal vorhanden, wurde immer wieder der Verbrauch hochgeputscht.

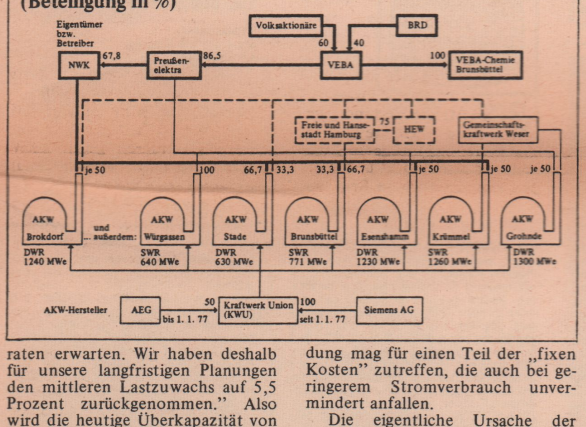
Ein Beispiel dafür ist die massive Werbung für E-Heizung. „Im Prinzip ein idiotischer Vorgang", wie Jörg König meint. Denn bei der Umwandlung von Brennstoffen in Strom gehen mindestens 60 Prozent als Abwärme verloren. Mit jährlichen Steigerungsraten um 10 Prozent kann die HEW auch hier Spitzenleistungen vorweisen: Derzeit werden in Hamburg 90000 Wohnungen mit einem Anschlußwert von 1250 Megawatt elektrisch beheizt. Zur Erinnerung: Brokdorf ist auf 1290 Megawatt ausgelegt. Man hört förmlich den Narhalla-Marsch, wenn der Senat trotz dieser Tatsachen das Ziel seiner Politik so definiert: „Angesichts der gegenwärtigen und absehbaren Entwicklung auf den Energiemärkten ist hierbei auf Sparsamkeit beim Energieverbrauch besonders zu achten."

Worauf die Stromverbraucher und alle Bürger freilich zu achten haben, ist dies: Sollte beispielsweise das im Rohbau fertige Atomkraftwerk Krümmel in den noch laufenden Verfahren von einem Verwaltungsgericht stillgelegt werden und läßt sich für die anderen Kraftwerke die Frage der Wiederaufbereitung technisch oder politisch nicht lösen, dann sind die HEW mit ihrem hohen Anteil an Atomenergie die ersten, die vor dem Ruin stehen. Die Milliardeninvestitionen in (Über-) Kapazitäten müßten die Stromverbraucher mit neuen, gigantischen Preiserhöhungen bezahlen. Denn AEG und Siemens und all die Bankenvertreter im Aufsichtsrat der HEW werden schon dafür sorgen, daß ihre Aufträge und Kredite bezahlt werden.

Werhart Otto

Aus: „Vorwärts"

Interessenstruktur der Atomindustrie am Beispiel Brokdorf (Beteiligung in %)



IN GROHNDE „DANACH"

Ein paar Leute aus Berlin sind nach der letzten Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk Grohnde am 19. März nicht sofort wieder nach Hause gefahren, sondern noch einen Tag dageblieben. Sie berichten:

Am Platz trafen wir den Bauern, dem das zertrampelte Nachbarfeld gehört. Er war ziemlich fertig, am Morgen hatte der Wasserwerfer noch mal seine Chemiesuppe auf die Felder entleert und ihn mit der Antwort „er müsse das Zeug doch irgendwie loswerden" stehengelassen. Der Bauer erzählte uns, wie damals am 6. Juli – Tag der Nacht- und Nebel-Aktion in Grohnde – die Preussag ihn vom Frühstückstisch wegholte und ihm das Feld zeigte, das sie zum Bauplatz auserkoren hatte. Tags zuvor hatte hier noch sein halbhoher Weizen gestanden.

Er erklärte uns ziemlich offen den Zwiespalt, in dem er seitdem steckt: Durch die Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz ist er zum AKW-Gegner geworden und muß doch bei jeder Aktion am Bauplatz Angst haben, wieder der Geschädigte zu sein. Wir denken, daß wir ihn und die anderen nur rausholen können, wenn wir zeigen, daß wir zusammen für jeden in der Bewegung einstehen. Dafür und für die anderen Schäden, die bei der Demonstration entstanden sind, hat die BI Hameln ein Spendenkonto eingerichtet:
Dresdner Bank Hameln
Kto.-Nr. 436 25 48
Kennwort: „Flurschäden"

Knüppelei am Hauptbahnhof. Etwa 150 Demonstranten werden auseinandergetrieben. Sie hatten einen Atomkraftgegner begleitet, der sich seit der letzten Grohnde-Demonstration wöchentlich bei der Polizei melden muß. Doch der Einschüchterungsversuch mißlang. Am nächsten Dienstag kamen mindestens 500 Leute mit zur Polizeiwache.

Hochbetrieb am Hauptbahnhof

Dienstags mit Trommeln und Liedern zur Revierwache

Bernd Löwe ist einer von drei Demonstranten, denen nach der Demonstration vom 19. März in Grohnde versuchter Totschlag vorgeworfen wird. Diese drei wurden willkürlich aus der Menge der Verhafteten herausgegriffen.

Die angeblich fast totgeschlagenen Polizisten, von denen in der Presse berichtet wurde, waren alle am Abend der Demonstration aus dem Krankenhaus entlassen.

Bernd wurde freigelassen, aber der Haftbefehl ist nur ausgesetzt. Das bedeutet: er muß sich wöchentlich bei der Polizei melden. Jeden Dienstag wird Bernd von Hamburger AKW-Gegnern dorthin begleitet, die wissen, daß jeder und jede von ihnen an seiner Stelle sein könnte. Sie wollen nicht hinnehmen, daß Bernd stellvertretend für sie alle kriminalisiert und exemplarisch bestraft werden soll.

Die Polizei scheint das zu stören. Am Dienstag, 12. April, zogen etwa 150 Leute durch die Spitalerstraße zur Wache an der Kirchenallee, mit Musikinstrumenten, AKW-Nee-Fahnen und Flugblättern. Kaum war der Zug an der Wache angekommen, forderte ein Polizeisprecher uns auf, die Straße zu räumen. Er war allerdings schwer zu verstehen, und der Befehl „Knüppel frei" ging ganz unter in dem bekannten Kanon „Wehrt euch, leistet Widerstand". Wir wurden die Kirchenallee entlanggetrieben – ein Häufchen ungeschützter Demonstranten gegen eine Horde behelmter Knüppler. Einige wurden festgenommen und in die Wache gezerrt. Dabei wurde einer Frau ein Finger gebrochen. Wir zogen uns auf die andere Straßenseite vor dem Hauptbahnhof zurück und warteten darauf, daß die Verhafteten wieder freikommen. Stattdessen: ein neuer Überfall. Die Bullen setzen über die Gitter der Straßenbahnhaltestelle, knüppeln in die ratlos rumstehenden Leute, neue Verhaftungen. Ein ausgeflippter Bulle rennt rum, klappert mit Handschellen, reckt den Arm zum Hitlergruß. Einige Passanten sind entsetzt, können nicht glauben, was sie sehen.

Gegen 21 Uhr stehen noch etwa 10 AKW-Gegner vor dem Hauptbahnhof, warten und frieren. Ein neuer Überfall, diesmal haben wir uns schnell genug verzogen. Inzwischen sind Rechtsanwälte da, verhandeln mit der Polizei, wollen verhindern, daß die Verhafteten erkennungsdienstlich behandelt werden. Vergeblich. Die 10 Verhafteten werden abtransportiert zum Präsidium. Erst gegen Mitternach ist der letzte wieder frei.

Am Dienstag drauf war die Demonstration angemeldet. Diesmal sind mehrere hundert Leute auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz versammelt. Die Polizei schützt das HEW-Gebäude. Ein ungewohnter Demonstrationszug bewegt sich dann in Richtung Kirchenallee: keine Fahnen, keine Transparente. Dafür werden Lieder gesungen und Parolen gerufen. Einer trommelt, ein anderer spielt Flöte. Diesmal greift die Polizei nicht ein. Die Demonstration ist offiziell aufgelöst, als Bernd die Wache wieder verläßt.

Wir gehen so lange dienstags mit Bernd zur Wache, bis der Haftbefehl aufgehoben ist. Treffpunkt: jeden Dienstag um 17 Uhr auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz, vor dem HEW-Gebäude.

B.

Letzte Meldung: Die wöchentliche Meldepflicht für Bernd Löwe ist aufgehoben worden. Der Haftbefehl bleibt jedoch bestehen. Sind der Polizei die Dienstags-Demonstrationen zu sehr auf die Nerven gegangen? Sie werden jedenfalls weitergehn, bis auch der Haftbefehl weg ist.

Himmelfahrt in Gorleben

Geht es nach Herrn Albrecht, soll in Gorleben die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für Atommüll gebaut werden (siehe auch „Grosse Freiheit" Nr. 2). Dafür vorgesehen ist ein riesiges abgebranntes Waldgelände, das im wesentlichen nur einem Besitzer gehört. Einer läßt sich leicht enteignen, das wußten schon die Bauern vom Larzac in Frankreich. Dort wehrten sich die Leute erfolgreich gegen eine Enteignung wegen eines geplanten Militärlagers. Die Gorlebener tun's ihnen nach: Das Land wird in kleine Parzellen geteilt und an Atomkraftgegner verpachtet, zu einem niedrigen Zins. Einzige Auflage: Die Parzellen müssen aufgeforstet werden. Die Bäume dafür gibt's billig in der Försterei.

Wer sich interessiert für eine WAA-Nee-Parzelle: Treff ist Himmelfahrt, den 19. Mai, 11 Uhr in der „Alten Burg" in Gorleben.

Neueröffnung

Ihr findet bei uns Bücher vor allem zu den Schwerpunktthemen Anarchismus, Ökologie, Gewerkschaftsbewegung und Antimilitarismus; ferner Zeitschriften, Poster, Schallplatten, Kleinkunst und Naturheilmittel.

Es gibt Platz und Ruhe zum Klönen, Lesen und Musikhören; wir haben einen Versammlungsraum, den wir Gruppen zur Verfügung stellen. Unsere Dunkelkammer kann gegen Unkostenbeteiligung benutzt werden.

Unsere Adresse: Kleiner Schäferkamp 32
HH 6 (U-Bahn Schlump); Öffnungszeiten:
Mo-Fr. 16 - 19 Uhr und Sa. 10 - 15 Uhr

Buchladenkollektiv

'FREIHEIT!'

Die Beiträge über den Widerstand gegen Atomkraftwerke in den öffentlichen Medien haben erneut die engen Grenzen der offiziellen Berichterstattung sichtbar werden lassen. Nicht nur für die direkt Betroffenen wurde deutlich, daß die wirklichen Inhalte dieser Bewegung in den Berichten kaum enthalten waren. Um so größere Bedeutung haben Flugblätter, alternative Zeitungen und Broschüren bei der Herstellung eigener Öffentlichkeit erhalten. Von vielen Initiativen ist die Ausweitung der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit auf die Medien Foto, Film und Video begonnen worden. Von ihnen wurden Infotafeln mit Fotos hergestellt, auf Informationsveranstaltungen Filme eingesetzt und eigene Filme und Videobänder von Gruppen selbst gemacht. Fast jeder hat zwar einen Fotoapparat zur Verfügung; bei der Herstellung eines Filmes sind nicht nur höhere finanzielle Voraussetzungen, sondern auch Kenntnisse im Umgang mit dem Medium notwendig. Um trotzdem die Herstellung eigener Öffentlichkeit zu ermöglichen, sind Gruppen und Zentren entstanden, die sich diese Unterstützung zur Aufgabe gemacht haben.

In der Stadtzeitung „Große Freiheit" stellen – beginnend mit dem Medienladen – solche Mediengruppen ihre Arbeit selbst vor.

Seit 1 1/2 Jahren versucht der Medienladen in Hamburg Initiativen bei ihrer politischen Arbeit mit Medien zu beraten und unterstützen. Vorbilder für Medienzentren haben sich in den letzten Jahren vor allem in Canada und den Niederlanden entwickelt. In Medienzentren werden Geräte zur Vorführung und für eigene Produktion zur Verfügung gestellt, Einführungen den Umgang mit der Technik und längerfristige Projekte in Zusammenarbeit mit Initiativgruppen gemacht. So entstanden in Hamburg Filme und Videobänder zu Themen wie: Atomkraftwerke, Frauenbewegung, Jugendarbeitslosigkeit und andere. Zur Durchführung dieser Projekte stehen im Medienladen Werkstätten zur Verfügung, wie Fotolabor, Tonstudio, Produktionsmöglichkeiten für Viedo und Film – aber auch Druckmaschinen. In diesen Werkstätten sollen Interessierte den Umgang mit den Medien erproben und eigene Produktionen erstellen können. Die Arbeitsmöglichkeiten des Medienladens stehen solchen Projekten zur Verfügung. Um die Unterstützung gewährleisten zu können, werden für den Geräteverleih von Institutionen Gebühren erhoben und die Initiativen aufgefordert, z.B. bei Video – oder Filmvorführungen zu sammeln. Um die praktischen Möglichkeiten von Medienarbeit für die eigene politische Arbeit kennenzulernen ist es am besten, sich im Medienladen selbst zu informieren.

Videobänder zu den Themen:

Kampf gegen Atomkraftwerke:
Geschichte der Bügerinitiative Unterelbe.
Theaterrevue „Sein oder Nicht-sein"
Vor Ort Brokdorf
Und bist zu nicht willig, so brauch ich Gewalt
Unterricht in Brokdorf
Kölner Wochenschau zu Brokdorf
Weiteres umfangreiches Material zu den Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke Wyhl, Brokdorf und zu Problemen der Atomenergie und ihrer Darstellung in den Medien.

Berufsverbot und politische Unterdrückung
Berufsverboteveranstaltung der Initiative Hamburger Hochschullehrer
Die Gedanken sind frei (§ 88 a)
Es reicht für den Rausschmiß – Berufsverbote an der Hochschule f. bildende Künste

Frauen
Als ob die das beurteilen können (§ 218)
Und das ist nicht angeboren – Schulabgängerinnen
Schreien nützt nichts – über geschlagene Frauen

Jugendzentren–Gruppen
Relieschen – Geschichte einer Videogruppe
Jugendzentrumsinitiative Stellingen
Weitere Beiträge zum Jugendfreizeitbereich

Alternative Pädagogik
Freiheit zum Lernen in der Glockseeschule
Tvind-Schule in Dänemark
Medienarbeit mit Kindern
Videobänder zur Medienpädagogik

Wohnungsprobleme und Stadtplanung
Gegen Profitsanierung
Andere Bänder zu Wohnkämpfen

Filme auf Video
Filme von Joris Ivens
Wildenhahn/Tuchtenhagen: Emden geht nach USA
W. Hochbaum: Brüder (Hamb. Hafenarbeiterstreik 1896)
Dudow/Brecht: Kuhle Wampe

Und andere Bänder, Aufzeichnungen, Filme.

Für Initiativen stehen die Werkstätten und Arbeitsplätze im Medienladen zur Benutzung zur Verfügung. Das Ausleihen von Videobändern kostet nichts. Materialien (Fotopapier, Entwickler, Papier zum Drucken, Farbe etc.) müssen mitgebracht oder bezahlt werden. Beim Ausleih von Geräten zahlen Institutionen in der Regel 30,- DM pro Tag, Initiativen und andere Gruppen beteiligen sich mit fünf Mark an der Versicherung und sind aufgefordert, bei Videovorführungen zu sammeln.

Videogeräte
Portapak–tragbare Videogeräte
Stationäre Videogeräte
Videocassetten-Recorder
Fernsehmonitore, Fernsehgeräte

Film
16 mm Projektor
16 mm Filmkamera
S-8 Kameras, Laufbildbetrachter, Klebepressen, Stative

Licht
Tragbare Akku-Leuchte– 250 W–Lampen

Ton
Cassettenrecorder, Uher-Report-Tonband, Plattenspieler, Mikrophone, Dia-Projektor

Werkstatt/Arbeitsplätze
Videostudio/Schnitt (1/2" National)
Dunkelkammer (s/w)
Tonstudio
DIN A 4-Offset-Druckmaschine

Rostockerstr. 25
2000 Hamburg 1
Tel.: 040/24 63 84
Medienladen

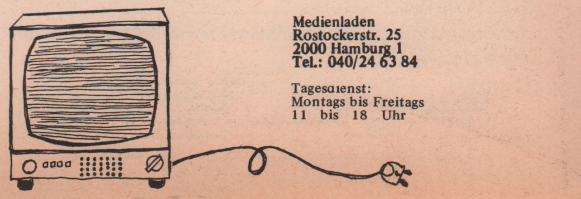
Wir machen unsere Bilder selbst

Der Medienladen will Initiativen oder auch Einzelne bei ihrer politischen Arbeit mit Medien unterstützen. Dazu gehören vor allem Stadtteilgruppen, Jugendzentrumsinitiativen, Frauengruppen, Atomkraftgegner der verschiedenen lokalen Bürgerinitiativen, aber auch Studenten und Lehrer. Mitglieder des Medienladens helfen Initiativgruppen bei ihrer Arbeit mit den Möglichkeiten des Ladens. Es kommt auch vor, daß Mitarbeiter des Medienladens langfristig mit Initiativen an einem gemeinsamen Projekt arbeiten. Entwickelt sich ein eingerer Kontakt, dann können solche Gruppen über Werkstätten und Geräte verfügen, ihre eigenen Videobänder/filme machen, Zeitungen oder Flugblätter drucken, die Dunkelkammer für die Herstellung von Fotos benutzen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist das Medium Video, weil diese Geräte ähnlich unkompliziert benutzt werden können wie Tonbandgeräte und weil sich Bild und Ton gleichzeitig aufzeichnen und sofort ansehen lassen. Jeder kann lernen, selbst damit umzugehen. Außerdem ist die Herstellung von Kopien wesentlich billiger als etwa beim Film. Wir haben begonnen, zu Themenschwerpunkten Videobänder zusammenzustellen (ein Ausschnitt aus der Liste der Bänder ist hier abgedruckt. Wir zeichnen auf Anfrage hin Fernsehsendungen auf. Diese Bänder sind jederzeit im Laden anzusehen. Sie werden auf Veranstaltungen für Jugendgruppenabende, Informationstreffen vom Atomkraftgegnern sowie für Unterrichtszwecke eingesetzt. Vorführgeräte und Fernsehmonitore können mit ausgeliehen werden. Der Umgang mit den Geräten wird den Ausleihern erklärt.

Noch wichtiger ist die Einführung für Initiativen, die selbst mit Video arbeiten wollen. Besonders Jugendgruppen haben die Gelegenheit wahrgenommen, sich in den Umgang mit den Geräten einführen zu lassen. Oft sind die dann gemachten Aufnahmen unmittelbar im Stadtteil oder auf Veranstaltungen gleich wieder vorgeführt worden. Videobänder/filme, die aus so einer Arbeit entsehen, können auch von anderen ausgeliehen und eingesetzt werden.

Auch in andere Medien lassen sich Gruppen einführen. Neben Video sind die vor allem die Druckmaschinen. Eine Reihe von Initiativen, Frauen, Schüler-Mediengruppen nehmen die Gelegenheit wahr, selbst zu drucken. Das ist nicht nur wesentlich billiger. Die Gruppen können auch unabhängig von Spezialisten die Gestaltung von Broschüren, Zeitschriften selbst in die Hand nehmen. Hat man wirklich keine Zeit, kann man nach Absprache natürlich auch drucken lassen (billiger als anderswo).



Medienladen
Rostockerstr. 25
2000 Hamburg 1
Tel.: 040/24 63 84

Tagesdienst:
Montags bis Freitags
11 bis 18 Uhr

Frauen–Zeitung

Besonders an unserer Frauen-Zeitung merke ich immer, wie schnell ein Monat herum ist. Vor allem auch, wenn ich andere Frauen, z.B. aus dem Buchladen oder Kneipengruppe frage, ob sie nicht mal wieder etwas über sich in der Zeitung schreiben wollen. Ihre entsetzten Gesichter bestätigen deprimierend mein Gefühl: verdammt, schon wieder ein Monat herum! Und eigentlich wollten wir doch diesen Monat nun wirklich.... Das geht jetzt so seit 11 Monaten! Einiges von dem, was wir uns in der Zeitungsgruppe seit den ersten Nummern vorgenommen haben – Siebdruck machen, Fotos auftastern lernen – haben wir noch nicht geschafft, dafür aber etwas anderes, was mir nicht bewußt geworden war, sondern erst durch ein zufälliges Gespräch: mein Verhältnis zur Technik und damit mein Selbstbewußtsein in Bezug auf handwerkliches Können hat sich durch das Layouten und Drucken der Zeitung ziemlich grundlegend geändert. Zeichnen, eine Zeitungsseite zu layouten macht mir immer noch ziemlich zu schaffen, und ich muß jedesmal erneut meine Hemmungen überwinden, obwohl ich dazu eigentlich immer große Lust hatte. Und gerade in dem Bereich, der mir früher immer einerseits lästig und andererseits schwierig erschien, habe ich durch das Drucken Geduld, Ausdauer und Genauigkeit entwickelt (relativ gesehen) und damit entscheidend die Angst vor Maschinen, Reparaturen, technischen Zusammenhängen verloren (ich konnte bis vor 2 - 3 Jahren nicht einmal mein Rad richtig flikken). Obwohl ich ‚natürlich' das Gefühl habe, daß ich größere Angst vor der Technik habe als andere Frauen, kann das nicht ganz stimmen, wenn ich daran denke, wie aufgeregt und hektisch wir alle die ersten Male beim Drucken waren, daß wir alle so ziemlich in Panik gerieten, wenn plötzlich das Papier nicht mehr einzeln angesaugt wurde, sondern 2,3 Seiten zusammen (weil wir das Papier nicht richtig ‚geschaukelt' hatten) und dadurch eine Gequietsche entstand, daß ich dachte, die Maschine fliegt auseinander. Immerhin – die anderen Gruppen, zumeist Männer, die wir im Medienladen beim Drucken beobachteten, stellten sich auch nicht gerade geschickter an als wir, im Gegenteil: so wie es manchmal bei denen aussah, konnte frau meinen, daß die Maschine sich zum Dauerausstoßer von falsch bedruckten Gesamtauflagen entwickelt hatte! Das hat uns enorm gestärkt! Wir kenne ‚unsere' Maschine jetzt bis in ihre letzten Eingeweide und fühlen uns ihr zumindest gewachsen (zumal uns Birgit immer hilft, wenn alle Stricke zu reißen scheinen), auch wenn jedesmal irgendwelche Pannen passieren, der Wasserhebel zu oft bedient wird und dadurch die Seiten leicht grau erscheinen, die ein oder andere Folie nicht sorgfältig genug kopiert wurde, wir nicht streng genug darauf achten, daß alle Artikel mit einem guten Farbband geschrieben sind etc. Immerhin – der nächste Schritt im Bereich Technik wird für mich sein, daß ich zusammen mit anderen Frauen einen Videofilm machen will. Durch das Drucken im Medienladen haben wir so viel von anderen Gruppen mitgekriegt, die dort ihre Videofilme zu Brokdorf u.ä. abspielen, daß wir auch Lust gekriegt haben, uns zeigen zu lassen, wie frau mit einer Videokamera umgeht und uns dann die entsprechenden Geräte im Medienladen auszuleihen, um ein Projekt zu filmen. Vielleicht über unsere Zeitung und Zeitungsobjekte von Frauen überhaupt.

Britta

Adresse des Frauenzentrums:
Langenfelder Str. 64d

autor heisst: urheber sein
eines verbotenen liedes in den strassen
heisst: die produktionsmittel beherrschen
nicht: sich von ihnen beherrschen lassen
heisst: singen lernen und drucken
in den kellern aufstellen die abzugsmaschine
das potentielle maschinengewehr
heisst: filmen lernen /umgehen mit super 8
und video/heisst: gruppen bilden
heitere kommunikationsguerillas
heisst: störender bauen
gegen behördlich verordneten schwachsinn
sperrfeuer schiessen
und kleber drucken/plakate kleben
den polizeifunk zum landfunk machen
der opposition: fröhliche wellen

Video-Gruppe

Filmen ist teuer. Daran scheiterte lange Zeit die Einrichtung einer Super 8–Filmgruppe im Elmshorner Release Zentrum. Durch Zufall bekamen wir dann Kontakt mit dem Medienladen. Wir haben damals ein Videogerät ausgeliehen. Video kannten wir vorher gar nicht, fanden dann aber ziemlich schnell heraus, daß es für das, was wir machen wollten, besser geeignet war als S-8. Es ist billiger und man kann schneller etwas fertigstellen, weil man sich das, was man gemacht hat, immer gleich schon wieder ansehen kann – ohne erst auf Entwicklung zu warten. Trotzdem – unser erstes Videoprojekt entwickelte sich dann ziemlich schleppend: stundenlang wurde diskutiert was aufzunehmen wäre, bevor wir dann angefangen haben, richtig mit den Geräten zu arbeiten. In ersten halben Jahr machten wir Bänder zur Jugendfreizeitsituation in Elmshorn und einen Beitrag für das Release Zentrum, damit die Einrichtungen, die es da gibt, besser genutzt würden. Seit August 1976 arbeiten wir verstärkt an Beiträgen zur Anti-AKW Bewegung. Die ersten Aufnahmen vom Baubeginn in Brokdorf am 26.11. haben wir am selben Tag mittags bis abends gemacht, dann in der Nacht darauf zusammengeschnitten und schon am nächsten Tag auf Informationsständen in Elmshorn gezeigt. Die ersten Bilder, die die Leute von Brokdorf überhaupt zu sehen bekamen. Wir haben dann gemerkt, das „fernsehen" auf der Straße ein wirksames Mittel ist, um Leute anzusprechen. Inwzischen konnten wir über einen Etat-Posten des Release Zentrum eigene Geräte kaufen, was allerdings nicht nur von Vorteil ist: der Elmshorner Magistrat als Geldgeber für das Zentrum beschwerte sich, daß mit Geräten aus dem Sozialetat (Drogenhilfe etc) „kommunistisch unterwanderte Bürgerinitiativen unterstützt werden". Wir haben uns daher auch entschlossen, eigene Geräte zu kaufen, um uns vor solchen Einflußnahmen unabhängig zu machen. Das mit dem kaufen wird allerdings nicht so leicht sein, denn wir sind momentan 6 Leute in unserer Videogruppe (Studenten, Schüler, Handwerker) und werden das nötige Geld wohl so schnell nicht zusammenkriegen. Wichtig wäre es aber schon, denn Video heißt für uns politische Arbeit; an einer Art Beschäftigungtherapie in der Freizeit sind wir nicht interessiert.

Release Video
Flammweg 71
Elmshorn 22